

# Holzarbeiter-Zeitung

## Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrücker, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Mühlentisch 2.

Inserate für die viergespaltene Beizeile oder deren Raum 50 Pf.  
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pf.  
Versammlungsanzeigen 15 Pf.

### Vertragsbruch und Vertragstreue.

N. Der Gedanke des Tarifvertrages hat sich in stetiger Entwicklung fleißig behauptet, trotz aller Bekämpfung von seiten der Scharmacher und deren Helfershelfer. Eine gut organisierte Arbeiterchaft läßt sich auf die Dauer ihre Gleichberechtigung bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen nicht mehr streitig machen. Wer jedoch glaubt, daß die offenen und verkappten Gegner des sozialen „Friedensdokuments“ vornehmlich oder ausschließlich in den Kreisen des Großunternehmertums zu suchen seien, hat sich geirrt, solche Kämpfer für die „gute Sache“ der unbeschränkten Ausbeutungsfreiheit finden sich auch in den Reihen der sogenannten vertragsstreundlichen Arbeitgeberverbände in nicht geringer Zahl zusammen. Dafür liefert der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe, besonders in jüngerer Zeit, eine ganze Reihe recht augenfälliger Beweise.

Auf jener Seite wird aber der Kampf gegen die Tarifverträge nicht in offener Weise geführt. Vielmehr wird die eigene Vertragsgegnerschaft damit zu verdecken versucht, daß man der Arbeiterchaft und deren Organisationen die Vertragsfähigkeit abspricht, ja ihnen, entgegen den wirklichen Tatsachen, jeden Sinn für Treue und Glauben im Vertragsverhältnis streitig macht.

Seit Jahr und Tag ist die im Dienste des Schutzverbandes stehende „Fachzeitung“ unablässig bemüht, unserem Verband und unseren Mitgliedern Vertragsbrüche anzudichten. Das verwunderlichste dabei ist, daß der Schutzverband trotzdem stets auf dem Sprünge steht, um jeden erlöschenden Tarifvertrag durch einen neuen zu ersetzen bzw. jeden vertragslosen Zustand in den Betrieben seiner Mitglieder zu verhindern. Solange der Schutzverband diese Taktik befolgt, erinnern seine Klagen an die Taktik des Spießhüblers, der fortgesetzt „Salzt den Dieb!“ schreibt.

Zum Beweise führen wir die unbestrittene Tatsache an, daß unserem Verband bisher noch kein einziger Fall von Vertragsbruch nachgewiesen werden konnte; wir haben niemals den Vertragsbruch als Kampfmittel anerkannt oder unterstützt, sondern sind umgekehrt in jeder Beziehung für die Einhaltung der Verträge nicht nur moralisch, sondern auch mit großen materiellen Opfern eingetreten. Hätte der Arbeitgeber-Schutzverband nur annähernd eine gleich korrekte Haltung beobachtet, es stände mit dem Vertragswesen im Holzgewerbe heute besser als es in Wirklichkeit steht. Aber es muß konstatiert werden, und gerade die Vorgänge aus neuester Zeit zwingen uns zu dieser Feststellung, daß im Arbeitgeberlager fortgesetzt und in der rigorossten Weise gegen die Verträge verstoßen wird, und zwar nicht bloß von den einzelnen Betriebsinhabern, sondern von den Orts- und Bezirksverbänden des Arbeitgeber-Schutzverbandes bis hinauf zu seiner Zentralleitung.

Die Geschichte des Arbeitgeber-Schutzverbandes ist reich an Vertragsbrüchen. Wenn es seinen Kampfwegen entsprach, hat er die Vertragspflichten rücksichtslos in den Hintergrund gestellt. Allzubekannt sind den Holzarbeitern die Vorgänge in Kiel und Burg im Jahre 1907, denen sich gleiche oder ähnliche Vorfälle in den folgenden Jahren in ununterbrochener Reihe angliederten. Als im Jahre 1908 die Vertragsverhandlungen auf Grund von Schiedsprüchen ihre friedliche Erledigung gefunden hatten, waren es die Arbeitgeber in Darmstadt, Essen, Frankfurt a. M., Luckenwalde, Magdeburg, Wiesbaden und Soppot, welche das von ihrer Organisation gegebene Wort brachen und die Schiedsprüche unter die Füße traten. Es ist nicht das Verdienst des Arbeitgeber-Schutzverbandes, wenn trotzdem heute auch in diesen Orten ein halbwegs geordnetes Vertragsverhältnis besteht, denn er hat nicht etwa seine Mitglieder an ihrem vertragsfeindlichen Verhalten gehindert, er hat sie im Gegenteil dabei unterstützt, ebenso wie er im Jahre 1911 die von ihm selbst als Vertragsbruch anerkannte Aussperrung in Liegnitz materiell unterstützte hat. In Briesen beschränkten sich die Schutzverbände im selben Jahre nicht nur darauf, den Schiedspruch ihrer eigenen Vertreter abzulehnen, sie schritten sogar zur Aussperrung unserer Kollegen, um diesen Schiedspruch zu beseitigen, was ihnen allerdings nicht gelungen ist.

In all diesen Fällen hat der Arbeitgeber-Schutzverband als Vertragspartei die höchstschlechte Rolle gespielt. Einzig und allein unserem Verband ist es zu danken, daß die vertragsbrüchigen Unternehmer in die Schranken gewiesen wurden, unser Verband und unsere Mitglieder haben die Opfer für die Sünden der Unternehmer und deren mangelhafte Organisation auf sich nehmen müssen. Und trotz alledem die un-

erhörten und fortgesetzten Anwürfe von jener Seite über Vertragsbrüche der Arbeiter!

Die Unternehmer maßten sich nicht allein an, auf den klaren Wortlaut des Vertrages zu pfeifen, wenn es ihnen gut dünkt, sie setzen sich auch in unzähligen Fällen über die Entscheidungen der Schlichtungskommissionen und der Zentralvorstände glatt hinweg. Paßt ihnen irgendeine Sache nicht, lehnen sie die Verhandlung darüber in der Schlichtungskommission einfach ab. Obwohl die Zentralvorstände auf die erhobenen Beschwerden der Arbeiter hin stets beschlossene haben, daß die Schlichtungskommissionen nach dem Vertrage alle Differenzen zu behandeln haben, trat keine Remedur ein. Und solche Leute wollen den Arbeitern Lehren über Vertragstreue erteilen!

Vertragsbrüche der Arbeitgeber, wie sich ein solcher im vergangenen Jahre bei der Firma Rielhof in Lage spielte, der aus irgendeinem Anlaß die tariflichen Abordnungen einseitig um 30 bis 40 Prozent reduzierte und im Sandumdrehen acht Kollegen auf die Straße legte, die sich seinem Machtgebote nicht ohne weiteres fügten, kommen alle Tage vor, aber wehe den Arbeitern, wenn sie sich solcher Brutalität widersetzen! Auch in diesem Falle hat der Schutzverband nicht etwa gegen den vertragsbrüchigen Unternehmer Partei ergriffen, sondern, wie immer, die Arbeiter, die sich gegen den Vertragsbruch wehrten, in seiner „Fachzeitung“ auf die Sperlliste gesetzt und ihnen das Odium des Vertragsbruches anzuhängen versucht. Demgegenüber müssen wir mit allem Nachdruck betonen: Der Vertragsbruch liegt in solchem Falle lediglich auf der Seite des Unternehmers, der für alle Konsequenzen aus seinem vertragswidrigen Verhalten verantwortlich ist. Das wäre ja noch schöner, wenn der Unternehmer den Vertrag sollte ruhig mit Füßen treten dürfen, während die Arbeiter sich alles gefallen lassen müssen und sich jeder Wehr zu enthalten haben, bis die Instanzen ihnen dazu ausdrücklich die Erlaubnis gegeben haben. Eine solche Vertragspolitik machen wir nicht mit.

Im Zusammenhang mit diesen Begebenheiten muß an der Hand der Tatsachen, die sich in den letzten Wochen und Monaten abgespielt haben, das unliebsame Thema von der „Vertragsstreue“ der Unternehmer abermals etwas gründlicher beleuchtet werden. In unverhohlener Weise haben mehrere Bezirksverbände des Schutzverbandes gegen den Schiedspruch vom vorigen Jahre rebelliert und sich den Teufel um dessen Durchführung geschert. Dieser vertragswidrige Zustand war bis zu der Zeit, da die Verträge dieses Jahres vor dem Kündigungsstermin standen, noch nicht überall beseitigt und es stand fest, daß besonders die Unternehmer dieser Orte, trotz der Beschlüsse ihrer Generalversammlung, die auf Anerkennung des Schiedspruches lauteten, nicht entfernt an dessen Durchführung dachten. Die Zentralvorstände forderten daher von allen Ortsparteien die unterschriftliche Anerkennung eines alle Zweifel ausschließenden Nachtrages zum bestehenden Vertrage, andernfalls unser Verband zur Kündigung der Verträge sich gezwungen gesehen hätte. Die Schutzverbände in den Orten Angermünde, Bayreuth, Dessau, Lübben, Marbach, Mellnabach, Mühlhausen i. Th., Quedlinburg, Steinheim a. M. und Trebbin leisteten indessen der Aufforderung der Vorstände keine Folge und beharrten auf ihrem ablehnenden Standpunkt.

Ebenso wenig kümmerten sie sich um die Vereinbarung der Vorstände vom 8. November 1913, wonach die Bestimmungen des Schiedspruches genau so wie der übrige Inhalt der Verträge volle Rechtswirksamkeit haben und in gleicher Weise wie die Verträge selbst durchgeführt werden müßten. Zum Beweise hierfür verweisen wir auf das Ergebnis der Sitzung der Zentralvorstände vom 5. März 1914, in welcher festgestellt werden mußte, daß die Unternehmer in Dessau, Greiz, Regensburg, Gera, Bayreuth, Graudenz, Marbach und Mühlhausen i. Th. ihre Vertragspflichten noch nicht erfüllt hatten. Der Vorstand des Schutzverbandes konnte sich der Berechtigung der von unseren Vertretern erhobenen Vorwürfe gegen seine Mitglieder nicht entziehen, er erklärte selbst, daß die fernere Weigerung auf Erfüllung der Verträge als Vertragsbruch bezeichnet werden müßte. Als aber kurz darauf in mehreren Orten, unter persönlicher Mitwirkung der Vorstandsvorsteher, über die Durchführung der Verträge verhandelt wurde, brachte der offizielle Vertreter des Schutzverbandes es fertig, das Verhalten der Unternehmer als einwandfrei hinzustellen, obgleich diese auch jetzt noch die Anerkennung ihrer Vertragspflichten ablehnten. In Berlin ist in etwa 170 Betrieben die am 1. März fällig gewesene Lohnzulage unseren Kollegen vorenthalten worden. Diese Unternehmer haben ihren Vertragsbruch auch

dann noch aufrechterhalten, als sie von ihrem eigenen Verband schriftlich zur Erfüllung des Vertrages aufgefordert wurden. Unter solchen Umständen tritt allen Ernstes die Frage an uns heran: Welche Garantien bietet uns der Schutzverband für die Einhaltung der mit ihm abgeschlossenen Verträge?

In einigen der vorliegenden Fälle kam es erst zur Verständigung, als unsere Kollegen mit der sofortigen Arbeitseinstellung drohten bzw. diese beschlossen hatten. Doch ist dabei nicht überall der Vertrag voll durchgeführt worden; es wurde mit allen Mitteln, und leider auch mit teilweise erfolgreichem Erfolg, versucht, den Arbeitern das vertragliche Recht streitig zu machen. Der Schutzverband hat damit ein Beispiel gegeben, das sich unsere Kollegen für die Zukunft merken werden.

In Berlin und einigen weiteren Orten mußten unsere Kollegen im Interesse der Durchführung des Vertrages nach wochenlangem vergeblichen Drängen und Mahnen an die vertragsbrüchigen Unternehmer in mehreren Betrieben zur Arbeitseinstellung schreiten. Entlassungen und Arbeitsregelungen desjenigen, die für Einhaltung der Verträge eingetreten sind, haben in vielen Fällen stattgefunden, so selbst ganze Bezirksverbände des Schutzverbandes drohten mit der allgemeinen Aussperrung oder mit Entlassungen in größerem Umfange, wenn die Arbeiter auf Erfüllung der Verträge bestanden! Aber das alles ist in den Augen unserer „Vertragsstreuen“ Unternehmer kein Vertragsbruch, einen solchen begehen erst die Arbeiter, wenn sie mit den äußersten Opfern für Einhaltung der Verträge eintreten.

Eine derartige widersinnige „Weltanschauung“ hat nämlich der Schutzverband bzw. dessen Vertreter bei mehreren Verhandlungen in jüngster Zeit allen Ernstes behauptet. Diese Tatsache an sich ist durchaus bezeichnend für den Geist, den unsere Unternehmer den Verträgen einimpfen möchten. Danach soll der Vertrag nur dazu geschaffen worden sein, den Arbeitern während seiner Geltungsdauer das Streiken unmöglich zu machen, ganz gleich, ob der Unternehmer sich an den Vertrag hält oder nicht. Die Taktik der Schutzverbandsvertreter ist zwar unsererseits gebührend zurückgewiesen worden, aber das hat den Schutzverband nicht gehindert, seine mehr als dreifachen Behauptungen von Vertragsbrüchen der Arbeiter in die Öffentlichkeit hinauszuposaunen. Derartige Geschichten, wir erinnern dabei insbesondere an die Vorgänge in Dessau, im Zusammenhang mit der eigenen Vertragswidrigkeit des Arbeitgeber-Schutzverbandes betrachtet, können natürlich auf die zukünftige Entwicklung des ganzen Vertragswesens in unserem Gewerbe nicht ohne Einfluß bleiben. Wollen die Unternehmer auf den Schutz der Verträge Anspruch erheben, durch diese gewissermaßen jeglicher Streitgefahr überhoben sein, dann haben sie erst einmal selber den Vertrag anzuerkennen und dessen materielle Bedingungen zu erfüllen.

Ueber Vertragsbestimmungen, die für gewisse Termine eine genau umschriebene Verbesserung der Arbeitsbedingungen vorsehen, braucht nicht erst die Schlichtungskommission ihr Urteil abzugeben; der Vertragslohn, die Lohnerhöhung und die Arbeitszeit werden durch den Vertrag und nicht durch die Schlichtungskommission bestimmt, und es kann gar keine Rede davon sein, daß ein Unternehmer das Recht haben sollte, sich vor der Erfüllung derartiger Vertragsbestimmungen hinter nichtsagenden Ausreden zu verziehen. Tut er es dennoch, so stellt er sich damit selber außerhalb des Vertrages. Die Bestimmung in unseren Verträgen, „Arbeitseinstellungen und Aussperrungen dürfen bis zur Entscheidung der Schlichtungskommission, und bevor nicht beide Zentralvorstände entschieden haben, nicht stattfinden“, ist nicht etwa dazu geschaffen worden, daß sich der Unternehmer in böswilliger Weise um die Einhaltung seiner Vertragspflichten herumdrücken kann.

Wenn es ernstlich um die Weiterentwicklung des Tarifvertrages zu tun ist, der muß das Verhalten unserer Unternehmer auf das nachdrücklichste verurteilen. Pflicht der beiderseitigen Vertragsparteien ist es, den Vertragsgedanken stets zu vertiefen, der Entwicklung gesunde Bahnen zu weisen und Abirrungen einzelner zu beseitigen bzw. zu verhüten. Die Begünstigung des Vertragsbruchs sowie die jeder Rechtsauffassung hohnsprechende Auslegung der Verträge, wie wir solches dem Arbeitgeber-Schutzverband bzw. dessen Mitgliedern schon so oft und besonders kraft an den Vorgängen der jüngsten Zeit nachweisen mußten, könnte die Arbeiter veranlassen, bei besserer Geschäftslage Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe sollte seine Verantwortung, die er als Vertragspartei der Arbeitgeber übernommen hat, nicht gar so leicht nehmen, es könnte ihm sonst die Reue zu spät kommen.

Sozialdemokratie und Gewerkschaften.

XIV.

Sozialdemokratie ohne Gewerkschaft?

Dr. Es hat früher viele Arbeiter und Arbeiterinnen bis in die Führerkreise der politischen Arbeiterbewegung hinein gegeben, die die Gewerkschaftsbewegung als eine interessante Nebenbewegung der Sozialdemokratie betrachteten...

Die Zeiten sind vorbei, wenn auch hier und dort einmal ein Wort nachklingt, das aus jenen Zeiten stammt. Heute ist es innerhalb der ganzen Arbeiterbewegung herrschende Meinung, daß die Sozialdemokratie wie das Gewerkschaftswesen zwei durchaus gleichberechtigte, nicht nach Unterordnung des anderen Seils strebende Richtungen der Arbeiterbewegungen sind...

Würde die politische Arbeiterbewegung allein bestehen, so würde sich die Notwendigkeit von selbst ergeben, daß eine gewerkschaftliche Arbeiterbewegung neben ihr erwache. Das läßt sich sogar geschichtlich belegen. War doch die deutsche Arbeiterbewegung, wie sie durch das offene Antwortschreiben Ferdinand Lassalles im Frühjahr des Jahres 1863 ins Leben gerufen wurde...

Warum kann eine politische Arbeiterbewegung, eine Sozialdemokratie, nicht allein auf die Dauer bestehen? Warum ergibt sich für sie die Erkenntnis, daß sie nicht allen Bedürfnissen der Arbeiter genügen kann...

Die sozialdemokratische Partei ist eine politische Massenpartei zur Vertretung der allgemeinen Forderungen der Arbeiterklasse, der Handarbeiter und Kopfarbeiter, ohne irgendeine Unterscheidung ihrer allgemeinen Verschiedenheit...

nichten, das ganze Verhältnis von Arbeiter zum Kapital umzugestalten, sie kämpft auch für die allgemeinen Interessen der Arbeiterklasse zur Erringung von Arbeiterschutzgesetzen, von politischen Rechten, für Volksbildung und Volksgesundheit, für wahre Rechtsgleichheit...

Die Sozialdemokratie kann allgemeine Regeln aufstellen in der Forderung einer Gesetzgebung, damit die Arbeitszeit noch oben begrenzt werde, damit Arbeiter und Arbeiterinnen vor Sonntags- und Nacharbeit bewahrt werden...

Die Sozialdemokratie muß alle proletarischen Kräfte zusammenfassen, sie vermag sich nicht zu spezialisieren, sich anzubequemen — von ganz besonderen Ausnahmen abgesehen — der Wahrung besonderer, beruflich geschiedener Arbeiterinteressen...

Damit ist freilich nur gesagt, daß sich naturnotwendig neben der sozialdemokratischen Bewegung eine gewerkschaftliche bilden mußte. Es ist aber noch zu untersuchen, warum die Sozialdemokratie in sich selbst zur Erkenntnis kommen mußte...

(Fortsetzung folgt.)

Die Holzindustrie in der Unfallstatistik für das Jahr 1912.

Für die Verteilung auf die Berufsgenossenschaften bildet der Betrieb die Einheit; alle im gleichen Betriebe beschäftigten Arbeiter sind, ohne Rücksicht auf ihren Beruf, bei derselben Berufsgenossenschaft versichert...

Bei der Zählung der Versicherten wird die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Betriebsbeamten und Arbeiter und die Zahl der Vollarbeiter (je 300 gezinstete Arbeitstage = 1 Vollarbeiter) festgestellt...

arbeitern eingestellt war, die in der Zahl der durchschnittlich Versicherten nicht enthalten ist. Die nachfolgende Uebersicht gibt die Zahl der Betriebe sowie die der durchschnittlich versicherten Personen und der Vollarbeiter für die Jahre 1911 und 1912 wieder.

Table with 6 columns: Berufsgenossenschaft, Betriebe (1912, 1911), Durchschnittlich versch. Personen (1912, 1911), Vollarbeiter (1912, 1911). Rows include Sächsische Holz-B.G., Nordd. Holz-B.G., Bayerische Holz-B.G., Südwestd. Holz-B.G., Musikinst.-Ind.-B.G.

Der flotte Geschäftsgang des Jahres 1912 hat bewirkt, daß die Zahl der Betriebe, aber auch die der beschäftigten Arbeiter nicht unbedeutlich gestiegen ist. Dagegen haben nur die Bayerische und die Südwestdeutsche Holzberufsgenossenschaft die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten um je einen erhöht...

Table with 9 columns: Berufsgenossenschaft, ab-johr (1912), Gemeldete Unfälle (auf 1000 Besch. 1912, 1911), Entschädigte Unfälle (ab-johr 1912, auf 1000 Besch. 1912, 1911). Rows include Sächs. Holz-B.G., Nordd. Holz-B.G., Bayer. Holz-B.G., Südwestd. Holz-B.G., Musikinst.-Ind.-B.G.

Nach der vorstehenden Tabelle zeigt nur die Berufsgenossenschaft der Musikinstrumentenindustrie eine Steigerung der Zahl der gemeldeten Unfälle, während in den vier Berufsgenossenschaften der Holzindustrie die Zahl der Unfallmeldungen verhältnismäßig zurückgegangen ist...

Zum Vergleich sei darauf hingewiesen, daß im Durchschnitt sämtlicher 66 gewerblicher Unfallberufsgenossenschaften im Jahre 1912 auf je 1000 Vollarbeiter 8,27 entschädigungspflichtige Unfälle kamen. Bei den vier Berufsgenossenschaften der Holzindustrie zusammengenommen kamen auf je 1000 Vollarbeiter 10,37 entschädigungspflichtige Unfälle...

Ueber Alter und Geschlecht der im Jahre 1912 Verunglückten sowie über die Folgen der Unfälle unterrichtet die nachstehende Tabelle:

Table with 7 columns: Berufsgenossenschaft, Alter und Geschlecht der Verletzten (Erwachsene männlich, weiblich, jugendliche unter 16 Jahren männlich, weiblich), Unfallfolgen (Todes, dauernd behindert, vorübergehend). Rows include Sächsische Holz-B.G., Nordd. Holz-B.G., Bayerische Holz-B.G., Südwestd. Holz-B.G., Musikinst.-Ind.-B.G.

Bei der Zusammenfassung der Arbeiterschaft in der Holzindustrie, bei welcher Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter einen zwar stets wachsenden, aber doch immer noch geringen Prozentsatz bilden, ist es natürlich, daß die Verletzten in der überwiegenden Mehrzahl erwachsene Männer sind...

Die Zahl der Todesfälle weist gegenüber dem Vorjahre einen kleinen Rückgang auf. Im Jahre 1911 wurden im Bereich der hier in Betracht kommenden Berufsgenossenschaften 177 Arbeiter getötet, im Jahre 1912 waren es 168. Dauernd völlige Erwerbsunfähigkeit wird nach wie vor nur in seltenen Ausnahmen als Unfallfolge anerkannt...

Zum Schluß geben wir noch eine gedrängte Uebersicht über die Klassenverhältnisse der Berufsgenossen...

### Warnung vor Zugul

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugul ist fernzuhalten von:

- Zischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Breslau** (Waggonfabrik Dinkel-Hofmann-Werke), Cottbus (Dreiling), Gera, R. J. L. (Pianofabrik Späthe), Graudenz (Schwarz), Grevesmühlten, Kahla, Rudolstadt (Fa. Jitzow), Schönlanke, Straßburg i. El. (Möbelschreinereien), Sulzgen, Torgelow, Wittstock, Uffen in Holland, Genf.
- Mobeltischlern nach Breslau** (Waggonfabrik Dinkel-Hofmann-Werke).
- Stuhlbauern und Polsterern nach Eurn-Leptitz** in Böhmen.
- Partettlegern nach Danzig** (Partettfabrik Domanski), Hannover (Muh).
- Drechsler nach Dinkelsbühl, Schönlanke, Bergeltern, Grundlerern, Bezelerern und Farbmalern nach Rudolstadt, Glattbrugg bei Zürich** (Delers).
- Stellmachern nach Breslau** (Waggonfabrik Dinkel-Hofmann-Werke), Weimar (Waggonfabrik, Abteil. Gitterwagen).
- Korbmachern nach Seehausen b. Bremen, Stodholm, Benzburg in der Schweiz.**
- Kammachern nach Griesheim** (West).
- Büstenmachern nach Neuwied a. Rh.** (Loeb).
- Klaviermachern nach Gera, R. J. L.** (Späthe).
- Stodarbeiter nach Ungerminde** (Mittelstadt).
- Berfärber nach Mosen bei Begead.**

schaften. Die folgende Tabelle gibt eine Uebersicht über die Ausgaben:

Berufsgenossenschaft	Ausgaben						
	Gesamt-Ausgabe	Darunter:					Dan-fende Verwaltung
		Entschädigungen	Erste Fürsorge für Verletzte	Unfall-unterstützung	Unfall-verhütung	sonstige	
Sächsisch. H.-B.-G.	749992	557906	—	17180	5390	47082	
Nordd. H.-B.-G.	5440412	3008370	91374	157828	60459	487594	
Bayer. H.-B.-G.	1199595	914603	50	26278	13524	70810	
Südwestd. H.-B.-G.	1087517	726972	1530	35688	57640	92674	
Musikinstr. Ind.-B.-G.	913800	217968	613	16599	8610	48713	

Hierzu sei bemerkt, daß neben der Gesamtsumme der Ausgaben nur die wichtigsten Einzelposten aufgeführt sind. In dem Posten „Entschädigungen“ sind enthalten: die Kosten des Heilverfahrens, Renten und Abfindungen an Verletzte und an die Hinterbliebenen Getöteter, Sterbegelder sowie die Kosten der Behandlung in Heil- und Genesungsanstalten. Die sehr respektabel erscheinenden Entschädigungsbeträge schrumpfen sehr beträchtlich zusammen, wenn man die Zahl der Empfänger in Betracht zieht, auf welche sie sich verteilen. Der größte Teil der Entschädigungssumme wird von den Renten an Verletzte abfördert. Der durchschnittliche Jahresbetrag einer Unfallrente erreicht aber in keiner der Berufsgenossenschaften den Betrag von 150 M. Er ist am höchsten in der Südwestdeutschen Holzberufsgenossenschaft mit 147,18 M., in der Norddeutschen beträgt er 146,96 M., in der Berufsgenossenschaft der Musikinstrumentenindustrie 145,02 M., in der Sächsischen Holzberufsgenossenschaft 136,96 M. und in der Bayerischen Holzindustrieberufsgenossenschaft 135,37 M.

Die Geringfügigkeit dieser Unfallrenten ist nicht gerade geeignet, die in der Phantasie der berufsgenossenschaftlichen Organe eine so große Rolle spielende Rentensucht der Arbeiter zu fördern. Die Arbeiter verlangen aus reichenden Schutz ihrer gesunden Glieder und sind sehr froh, wenn sie die Fürsorge der Berufsgenossenschaften entbehren können. Der Unfallverhütung widmen aber die meisten Berufsgenossenschaften nur eine sehr geringe Aufmerksamkeit. Das sieht man an der unzureichenden Zahl der technischen Aufsichtsbeamten, das ergibt sich aber auch aus der verhältnismäßig bescheidenen Summe, die für die Unfallverhütung aufgewendet wurde. Die Unfallunterstützung nebst Feststellung der Entschädigung erfordert meist ein Mehrfaches der Kosten, die für die Unfallverhütung aufgewendet wurden. Die Rubrik „Erste Fürsorge für Verletzte“ umfaßt die Kosten des Heilverfahrens in den ersten 13 Wochen nach dem Unfall. Die geringen Summen, die für diesen Zweck verwendet wurden, lassen erkennen, daß die Berufsgenossenschaften das Heilverfahren nur in Ausnahmefällen übernehmen.

Die folgende Tabelle betrifft die Einnahmen der Berufsgenossenschaften; sie läßt auch den Stand des Vermögens und des Reservefonds erkennen.

Berufsgenossenschaft	Einnahmen		Reservefonds	Umlagebeitrag pro Holzarbeiter auf einen Arbeitsjahr
	Gesamt-einnahme	Darunter Umlagebeitrag		
Sächsische H.-B.-G.	768109	701878	549731	14,55818
Nordd. Holz.-B.-G.	5447999	4742277	687234	11,347120
Bayerische H.-B.-G.	1172870	1099796	933600	23,22092
Südwestd. H.-B.-G.	1007682	934653	852587	17,77405
Musikinstr. Ind.-B.-G.	330991	307325	286996	6,50091

Der hohe Stand des Reservefonds ist durch gesetzliche Vorschriften bedingt, deren Abänderung von vielen Genossenschaftsmitgliedern bisher vergeblich erstrebt wurde. Der wichtigste Einnahmeposten sind die Umlagebeiträge. Diese müssen von den Unternehmern allein gezahlt werden; die teilweise Abwälzung auf die Arbeiter, wie bei der Kranken- und Invaliditätsversicherung ist unzulässig. Die Schwere der sozialpolitischen Lasten ist der Zeit eines Klageliedes, welches auf allen Unternehmertagungen angestimmt wird. Besonders seufzen die Betriebsinhaber unter der Last der Beiträge für die Unfallversicherung. Wie schwer diese Last in Wirklichkeit ist, ist aus der letzten Rubrik unserer Tabelle ersichtlich. Sie beträgt bei den vier Berufsgenossenschaften der Holzindustrie pro Arbeiter und Arbeitstag im Durchschnitt 5,2 bis 6,8 Pf., also wenig mehr als einen halben Pfennig pro Arbeitsstunde. In der Berufsgenossenschaft der Musikinstrumentenindustrie kommt man sogar mit 2,6 Pf. pro Arbeiter und Arbeitstag aus.

Es liegt nicht der geringste Grund vor, die Unternehmer wegen dieser angeblich so schweren sozialpolitischen Lasten zu hemitleiden. Um so weniger, als die Unternehmerbeiträge zur Arbeiterversicherung aus dem Gewinn bezahlt werden, den die Arbeiter erarbeiten, und diese Beiträge überdies in die Verkaufspreise der Waren einkalkuliert werden. Die großen Summen, mit welchen die Unfallversicherung rechnet, verketten leicht zu der Annahme, daß für die unfallverletzten Arbeiter in splendor Weise gesorgt würde; bei näherem Eindringen in die Zahlen erkennt man aber, daß die Unfallfürsorge noch sehr viel zu wünschen übrig läßt. Viel wichtiger aber als die Unfallfürsorge ist die Unfallverhütung. Troßdem über dieses Thema schon sehr viel gesprochen und geschrieben wurde, liegt der Unfallschutz noch sehr im argen. Unser Verband hat durch sein Vorgehen auf diesem Gebiete gezeigt, in welcher Richtung sich die Maßnahmen zur Herabminderung der Unfallgefahr in der Holzindustrie bewegen müssen. Die Statistik der Berufsgenossenschaften beweist, wie notwendig es ist, daß auf dem angebotenen Wege ein tüchtiger Schritt vorwärts gemacht wird.

### Stimmen zum Verbandstag.

Wir haben eine Streit-, eine Maßregelungs- und eine Arbeitslosenunterstützung, von denen jede besondere Anlässe hat, andererseits jedoch nur den einen Zweck, die dabei in Frage stehenden Kollegen über Wasser zu halten. Bei Streit und Maßregelung wird höhere Unterstützung gezahlt. Wenn man nun dem Wesen dieser drei Unterstützungsarten nachgeht, findet man, daß alle drei nur dem einen Zweck dienen, die dabei in Frage stehenden Kollegen vor der Annahme schlechterer Arbeitsbedingungen zu bewahren. Man wird einwenden, wir hätten ja Tarife, allein unsere Unternehmer sind stets bedacht, Änderungen vorzunehmen, auch ist für mancherlei Arbeiten ein steigender Preis nicht festgelegt. Während nun bei Streiks, Aussperrung, teilweise höhere Unterstützung gezahlt wird, auch der eben aus einer längeren Beschäftigung kommende vollberechtigte Arbeitslose höhere Unterstützung bezieht, kann für länger Arbeitslose aus leicht ersichtlichem Grunde nicht mehr viel gezahlt werden. Eine Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung halte ich nur für möglich, wenn oben gekürzt wird. Der aus längerer Beschäftigungsdauer kommende Arbeitslose ist wirtschaftlich noch stärker und die zum großen Teile Kampfscharakter tragende Arbeitslosenunterstützung wäre wohl wert, weiter ausgebaut zu werden. Ein Zusammenlegen aller Unterstützungsarten scheint geradezu eine Frage der Zeit zu werden. E. Prescher, Berlin.

Auf die ledigen Kollegen sollte mehr Rücksicht genommen werden. Es gibt doch viele ältere ledige Kollegen, die lange Jahre in einem Orte arbeiten. Von diesen zu verlangen, daß sie beim Ausbruch eines Streiks oder einer Aussperrung sofort den Ort verlassen, ist nicht gerecht. Da müßte der Verbandstag bestimmen, wer soundso lange dem Verbande angehört und ledig ist, den verheirateten Kollegen gleichgestellt wird. Was das Arbeitsuchen anbetrifft, so ist es bald unmöglich in einer Großstadt zu arbeiten, wenn man nicht über einen gutgefüllten Geldbeutel verfügt, um längere Zeit zu warten, bis man an die Reihe kommt. Gewöhnlich, wenn man nach der Großstadt kommt, heißt es gleich: „Hier liegen noch soundso viele herum, aber auf dem oder dem Dorfe ist noch Arbeit, da kannst du hinmachen.“ Die jüngeren Kollegen können sich doch bloß in einer Großstadt vervollkommen. Hier müßte der Verbandstag Mittel und Wege finden, dem Uebel abzuhelfen. Bei den vielen Vorschlägen auf Einführung einer Altersunterstützung scheinen die Kollegen die Kosten nicht zu berücksichtigen. Wo soll denn das Geld alles herkommen, das für einen solchen Zweck gebraucht wird? Unsere Lohnkämpfe werden von Jahr zu Jahr schwerer. Sind wir doch schon soweit, daß die Landräte und Stadtbehörden darangehen, von den Arbeitgebern Reverse unterschreiben zu lassen, wie es jetzt hier in Treptow den Bauhandwerkern geht, und andere Verbände sollen auch darankommen, daß die Arbeitgeber keinen organisierten Arbeiter beschäftigen, widrigenfalls dieselben die städtischen oder staatlichen Arbeiter verlieren. Den Verbandstag würde ich raten, nur alle 3 oder 4 Jahre abzuhalten. Bei dem Stande unserer Tarifverträge würde das genügen, zumal der Verbandsvorstand berechtigt ist, im Notfall einen außerordentlichen Verbandstag abzuhalten. Wir würden dadurch eine Masse Geld sparen. Louis Schaefer, Treptow a. Rega.

### Agitation unter den Kamm-, Stod- und Schirmarbeitern.

Im Auftrage des Vorstandes unternahm ich in der Zeit vom 8. bis 22. März eine Agitationstour unter den Kamm-, Stod- und Schirmarbeitern. Mein Weg führte mich zunächst in das schöne Schwabenland, und zwar zuerst in das Städtchen Vorch. Hier besteht eine Stodfabrik, die 115 Personen beschäftigt, organisiert sind nur 44 Kollegen. Die

Kollegen finden hier eher den Weg zum evangelischen Arbeiterverein als zu ihrer gewerkschaftlichen Organisation. Der junge Herr und ein gewesener Feldwebel, der dort den Meister markiert, stehen an der Spitze dieses evangelischen Arbeitervereins und die Leute werden bei Veranstaltungen dieses Vereins eben dorthin dirigiert. Durch intensive Hausnachaktion wird es aber auch hier gelingen, die Leute von dem Werte unserer Organisation zu überzeugen und sie als Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes zu gewinnen. In Ulm besteht eine Filiale der Schirmfabrik Schott u. Rot, Stuttgart; von 40 Kollegen waren 20 in der Versammlung anwesend. In Reutlingen besteht unter den wenigen Stodarbeitern eine gute Organisation; sämtliche Kollegen waren in der Versammlung anwesend. Es wurde in den letzten Tagen ein Tarifvertrag mit der Firma abgeschlossen. In Lauterbach im Schwarzwald bestehen drei Kammfabriken. Die Versammlung war von Kollegen gut besucht; jedoch besteht ein sehr gespaltenes Organisationsverhältnis. Die Kollegen gehören den Verbänden verschiedenster Richtung an. In Straßburg haben die Schirmmacher seit langem mit verkürzter Arbeitszeit zu rechnen. Ausgerechnet am Versammlungstage ließen die Fabrikanten nacharbeiten. Troßdem ist es uns gelungen, hier den Grundstein der Organisation unter den Schirmmachern zu legen. In Hattersheim sind sämtliche 14 Stodarbeiter organisiert. Der Verlauf der Versammlung war sehr anregend und zeugte von dem guten Geiste der dortigen Kollegen. Kreuznach ist das Schmerzenskind der Kammmacher. Infolge der Interesselosigkeit der dortigen Kollegen konnte keine Versammlung abgehalten werden. Besser war wieder die Versammlung in Oberamstadt, wo von 60 Kollegen 40 anwesend waren. Es ist aber auch hier noch ein großes Feld zu bearbeiten. Hier wie in Kreuznach wird vorwiegend Haarschmud verfertigt. In Frankfurt a. M. kommen Kamm-, Stod- und Schirmmacher in Betracht. Der Besuch der Versammlung war ein sehr guter und man konnte bemerken, daß hier die Kollegen von dem Organisationsgedanken durchdrungen sind. In Dürzel bei Offenbach sind von 70 Kollegen 34 organisiert, 27 gehören dem Holzarbeiter-Verband an, die übrigen verbleiben sich auf die verschiedensten Organisationen. Von einer geregelten Arbeitszeit ist hier keine Rede. Der eine Kollege bringt es auf 50, der andere auf 90 Stunden die Woche. Der Besuch der Versammlung war gut. In Darmstadt war die Versammlung mäßig besucht. Die Angehörigen des Fabrikarbeiter-Verbandes blieben der Versammlung demonstrativ fern. In Griesheim liegen die Kollegen im Streit, wo sie einen Kampf um das Koalitionsrecht mit Frau-Deh führen müssen. Die Haltung der Streitenden ist eine sehr gute. In Bensheim stehen noch viele Kollegen der Organisation fern. Von 15 organisierten Kollegen waren zehn in der Versammlung anwesend. In letzteren drei Orten wird vorwiegend Haarschmud angefertigt. In Stuttgart war der Versammlungsbuch ein sehr guter. In der Diskussion wurden die Verhältnisse in der Hoffschmiffabrik einer kritischen Unterzogen. Hier werden die Stodgriffpolierer mit Löhnen von 4 bis 10 M. abgespeist. Drei Kollegen und zwei Kolleginnen ließen sich sofort aufnehmen. In Pforzheim konnte wegen der Gleichgültigkeit eine Versammlung nicht abgehalten werden. Stoben Kollegen von Wittenfeld waren anwesend, die Pforzheimer Kollegen zogen es vor, zu Hause zu bleiben. Fabriziert werden hier Haarschmud und Galanterieartikel. Mein letzter Ort war Heilbronn. Hier sind von 17 Stodarbeitern 16 organisiert, die bis auf zwei Kollegen in der Versammlung waren. Die Diskussion war eine sehr rege. Die Kollegen haben über die Konkurrenz von auswärtigen Kollegen.

Wenn auch bei dieser Agitation nicht viele positive Erfolge erzielt wurden, so bin ich doch der Ansicht, daß durch eine andauernde örtliche Agitation von Seiten der Ortsverwaltungen und Berufskollegen der Zweck dieser Agitation nicht verfehlt ist. Auch müssen die benachbarten Orte stets in Fühlung miteinander bleiben und hauptsächlich die Kollegen davon überzeugen, daß eine Organisationszerfplitterung, wie sie innerhalb dieser Berufsgruppen besteht, nicht fördernd für unsere Verhältnisse ist. Es muß den Kollegen zum Bewußtsein kommen, daß für unsere Branchen einzig und allein der Deutsche Holzarbeiter-Verband maßgebend ist.

A. Mührenchlagler, Erlangen.

### Zur Lage der blinden Klavierstimmer.

Unter dieser Ueberschrift haben wir in unserer Nummer 13 eine Zuschrift aus Leipzig veröffentlicht. Als Erwiderung darauf sendet uns Herr Direktor Bauer von der Friedrich-Wilhelms-Provinzial-Blindenanstalt in Halle eine umfangreiche Abhandlung, die wir jedoch mit Rücksicht auf unsere Raumverhältnisse nur auszugsweise wiedergeben können. Gegenüber dem Vorwurf, daß in den Anstalten Blinde in der sinnlosesten Weise, gleichviel ob sie sich dazu eignen oder nicht, als Stimmer ausgebildet werden, wird darauf hingewiesen, daß in Halle bisher wöchentlich neun Stunden, vom 1. April d. J. ab wöchentlich zwölf Stunden von einem Fachmann Unterricht erteilt wird. Es werden nur solche Zöglinge zugelassen, deren musikalisches Gehör einen Erfolg verspricht und im Laufe eines Jahres alle, die nicht das erforderliche Schwinggehör entwickeln oder technisch sich zu ungeschickt erweisen, ausgesemert. Der Unterricht dauert mindestens drei resp. vier Jahre; erst dann, wenn der Zögling sein Können nachgewiesen hat, bekommt er ein Zeugnis als Klavierstimmer. Es wird ihm aber dann noch der Rat gegeben, sich zunächst in einer Pianofortefabrik zu vervollkommen und erst dann an seine Selbstständigkeit zu denken. In ähnlicher Weise erfolgt die Ausbildung in den übrigen preussischen Blindenanstalten. Es kommt aber vor, daß Zöglinge, ohne die nötige praktische Ausbildung, die Anstalt freiwillig, ja gegen den Willen der Direktion verlassen und in Pianofortefabriken als Stimmer eintreten.

Herr Direktor Bauer gibt dann eine Abschrift seiner Antwort auf die ihm zugesandte Resolution der Versammlung blinder Klavierstimmer in Leipzig. Darin heißt es: „Daß von Direktoren der Blindenanstalten Stimmer zu den bestehenden niedrigen oder gar noch schlechteren Löhnen angeboten worden sind, darüber ist mir nichts bekannt, zum mindesten gehört diese Behauptung, soweit sie meine Anstalt und meine Amtstätigkeit als Direktor anbelangt, in das

Gebiet der Fabel. Wohl habe ich den einzelnen Firmen zu jeder Entlassung Stimmern angeboten, habe aber niemals mit den Firmeneinhabern über die Lohnsätze, die diesen Neueintretenden zu zahlen seien, auch nur ein Wort gewechselt und gar, wie das so lähn behauptet wird, in der Absicht Lohnrückläufe zu treiben. Die Lohnfrage ist Sache der Vereinbarung zwischen dem jungen Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber. Es liegt in Ihrer Forderung eine vollständige Verkennung der Wirklichkeit; dieses gestaltet sich doch vielmehr so: Ich, als Direktor, muß froh sein, wenn ich einen solchen jungen Anfänger unterbringen kann, überschreitet doch das Angebot weit die Nachfrage. Wie sollte ich also, der doch der Firma wohl als Bittender, aber niemals als Fordernder gegenüber treten kann, dazu kommen, Forderungen zu stellen, das wäre ja im Interesse der Entlassenen unklug. . . . Meinen Böglingen juche ich stets klarzumachen, daß man mit regem Fleiß und bescheidenem Auftreten weiter kommt wie mit der leider viel verbreiteten Geisteslosigkeit, nur nicht zuviel zu tun, aber desto größere Forderungen zu stellen, daß man nicht bloß um des Lohnes willen arbeiten darf, daß man vielmehr auch aus Freude und Lust am Arbeiten und Schaffen sowie im Interesse seines Brotgebers sein möglichstes leisten muß; solche Menschen werden noch immer bezahlt und gern in Arbeit genommen und kommen auch vorwärts. . . . Ich juche dem jungen Mann eine Stelle zu verschaffen; die Lohnverhältnisse zu regeln ist nicht meine Sache, sondern eine Angelegenheit, die sich von selbst als Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer regelt. . . .

Zu diesem Brief macht Herr Direktor Bauer einige Bemerkungen, in denen er zugibt, daß es eine große Zahl von Blinden gibt, die nicht mehr als 2 bis 3 M. pro Tag oder auch noch weniger verdienen. Das sei aber nicht die Schuld der Anstalten. „Ein großer Prozentsatz der Blinden ist geistig minderwertig, ein anderer ist trotz der vorhandenen geistigen Gaben anderwärts belastet. Diese Vermissten verdienen selbstverständlich sehr wenig, werden darum auch versorgt.“

Sehr entschieden wendet sich Herr Direktor Bauer gegen den Vorwurf: „Die Anstalten schicken die Blinden in die Welt hinaus und überlassen sie ihrem Schicksal“, den er den „Höhepunkt der Unmoralität“ nennt. Jeder Blinde, der entlassen wird, weiß, daß er in der Fürsorge der Anstalt bleibt.“ Diese Fürsorge wird entweder direkt von der Anstalt oder durch einen angeschlossenen Hilfsverein für Blinde ausgeübt. Direktor Bauer hat als Leiter dieser Fürsorge im Jahre 1912 100 und 1913 111 Entlassene besucht, ihre gewerblichen und persönlichen Verhältnisse kennen gelernt, und er ist ihnen, wo es erforderlich war, mit Rat und Tat zur Seite getreten. In den Jahren 1912 und 1913 sind von der Anstalt 4800 M. und vom Hilfsverein 3600 M. an Unterstützungen gezahlt worden. Außerdem wurden 1800 Mark an blinde Gewerbetreibende als zinslose Darlehen oder niedrig zu verzinsende Hypotheken gegeben, und 800 M. wurden einem Blinden, der trotz Fleißes in Schulden geraten war, geschenkt. Im Jahre 1912 wurden ehemaligen Böglingen für 18 000 M. und im Jahre 1913 für 18 000 M. Arbeitsmaterialien vorstufweise von der Anstalt und dem Verein zur Verfügung gestellt, desgleichen ihnen Waren im Werte von etwa 18 000 M. abgekauft, ohne daß die Anstalt Verdienst berechnete. Für jedes Stück Ware, das die Böglinge als Lehrlinge fertigen, wird ihnen ein Teil des Uberschusses gutgeschrieben. Ausgezahlt wurden 1912 etwa 1300 M. und 1913 wird es ebensoviel sein. Jeder Entlassene hat jederzeit, in jeder Lebenslage, das Recht, sich an die Anstalt zu wenden, und diese hilft stets, soweit sie kann. Sie hat ihn wohl entlassen, wird ihn aber niemals verlassen. Und anders ist es in keiner Anstalt Preußens. . . . Gern sind wir Direktoren bereit, auf praktische Vorschläge einzugehen, nehmen sie sehr gern aus den Kreisen unserer Entlassenen an, nur müssen sie uns überzeugen; gegen die Überzeugung zu handeln, wäre ja gewissenlos. In dieser Form, und so wenig den tatsächlichen Verhältnissen der zur Entlassung kommenden Blinden Böglinge entsprechend, wie die vom Klavierstimmer-Verbande gemachten Vorschläge es waren, konnten sie kaum auf Entgegenkommen rechnen.“

### Soziales.

#### Die bewährte Wirtschaftspolitik.

Von interessierter Seite wird zurzeit eine Agitation für die Beseitigung des zollfreien Grenzverkehrs entfaltet. Der Bundesrat ist berechtigt, den Bewohnern einzelner Grenzgemeinden zu gestatten, wichtige Rohstoffe, nämlich frisches Fleisch, Backwaren und bestimmte Mollereierzeugnisse in Mengen bis zu drei Kilogramm zollfrei einzuführen. Dieser Grenzverkehr hat an manchen Orten einen sehr erheblichen Umfang angenommen, was bei dem Unterschied in den Preisen der Lebensmittel diesseits und jenseits der Grenze leicht erklärlich ist. Die Gewerbetreibenden in den in Frage kommenden deutschen Grenzorten fühlen sich durch die Konkurrenz begreiflicherweise sehr benachteiligt. Die badischen Bäckermeister haben deshalb eine Eingabe an den Landtag gerichtet, in welcher um Aufhebung oder Einschränkung des zollfreien Verkehrs mit Mehl und Backwaren an der badisch-schweizerischen Grenze gebeten wird.

Der Bericht der Petitionskommission der badischen ersten Kammer enthält interessantes Material über diese Frage. Hiernach kommen für den zollfreien Grenzverkehr hauptsächlich die badischen Städte Konstanz und Vörsach in Betracht. Die zollfreie Einfuhr der genannten Lebensmittel ist nur den Inhabern von sogenannten „Brotkarten“ gestattet, welche vom Bürgermeister auf den Namen des Familienhauptes ausgestellt werden. Im Jahre 1912 waren in Vörsach 3600, in Konstanz 1812 Brotkarten ausgestellt, — zwar nicht nur für Arbeiter; unter den Inhabern befinden sich auch höhere Beamte, Offiziere usw. Im Jahre 1912 wurde in beide Städte zusammen 18 755 Doppelzentner Brot und 4733 Doppelzentner Mehl eingeführt. Diese starke Ausnutzung des zollfreien Grenzverkehrs ist aber leicht erklärlich, denn nach Mitteilungen des badischen Finanz-

ministeriums vom 2. Januar d. J. ist der Preis des Mehles in der Schweiz um 8 bis 14 Pf. pro Kilogramm billiger als bei uns, und das Brot stellt sich bei uns um 7 bis 8 Pf. teurer als in der Schweiz. Hiernach erklärt sich die überhandnehmende Grenzgängerei ohne weiteres, aber auch die Scheu der Gemeinde- und der Staatsbehörden vor einschneidenden Änderungen, die für die Konsumenten eine große finanzielle Schädigung bedeuten würde.“

Die Behörden befinden sich in einer Zwickmühle; auf der einen Seite der unbestreitbare Niedergang des Bäckergewerbes in den fraglichen Grenzstädten, auf der anderen Seite eine schwere finanzielle Schädigung der Grenzbevölkerung, wenn die Zollvergünstigung aufgehoben würde. Dabei sind die Waren in der Schweiz nicht nur billiger, sondern auch besser. In einem Bericht des Bezirksamtes Konstanz wird ausdrücklich erwähnt, daß anerkanntermaßen für das Brot in der Schweiz weit besseres Mehl verwendet wird, als in Deutschland. Das ist der Segen der deutschen Wirtschaftspolitik. Durch die hohen Zölle ist das deutsche Volk dazu verurteilt, für schlechtere Nahrungsmittel bedeutend höhere Preise zu zahlen als das Ausland, welches dieses „Brotstücker“ entbehrt.

Ähnlich wie mit Mehl und Brot steht es auch mit dem Fleisch. Abgesehen von dem erwähnten kleinen Grenzverkehr, ist die Einfuhr von frischem Fleisch nach Deutschland tatsächlich verboten. Da auch die Einfuhr von Vieh nicht nur durch hohe Zölle, sondern auch durch mancherlei Schikanen sehr erschwert ist, erfreut sich das deutsche Volk des zweifelhaften Vorzuges der höchsten Fleischpreise. Unsere Agrarier sind mit diesem Zustand sehr zufrieden, fliehet doch der Mehrbetrag, den das Volk für die Nahrungsmittel ausgeben muß, größtenteils in ihre Taschen. Den immer lauter werdenden Klagen über die unerträgliche Steuerlast setzt die Regierung aus Liebe zu den Agrariern hartnäckig taube Ohren entgegen. Es galt als eine ganz außerordentliche Maßnahme, daß einzelnen Gemeinden vorübergehend gestattet wurde, auf eigene Rechnung Fleisch aus dem Ausland zu beziehen und es zu angemessenen Preisen an die Verbraucher gelangen zu lassen. Für das so bezogene Fleisch wurde den Gemeinden ein Teil des gezahlten Zolles zurückerstattet.

Das Gesetz, welches diese Vergünstigung brachte, galt vom 1. Oktober 1912 an und war von vornherein bis zum 31. März 1914 befristet; es ist also jetzt aufgehoben worden. Die Gemeinden haben sich, zumal gleich nach Erlass des Gesetzes, redlich bemüht, davon Gebrauch zu machen, es ist auch vorübergehend eine Ermäßigung der Fleischpreise eingetreten. Die kurze Befristung des Gesetzes machte es jedoch unmöglich, die Zollermäßigung in vollem Umfang auszunutzen. Dazu hätte es der Errichtung von Kühlkellern und sonstiger kostspieliger Einrichtungen bedurft, deren Beschaffung mit so hohen Kosten verknüpft ist, daß sie sich nur lohnen, wenn sie längere Zeit benutzt werden können. So ist denn die Einfuhr von billigem Fleisch durch die Gemeinden aus dem Ausland sehr bald eingestellt und durch die nun erfolgte Bekanntgabe, daß das Gesetz außer Kraft gesetzt ist, wird man lediglich daran erinnert, daß es bis jetzt in Geltung war.

Wollte man aus der Aufhebung eines Gesetzes, dessen Sinn es doch eigentlich war, den Preis eines wichtigen Nahrungsmittels herabzusetzen, schließen, daß ein Bedürfnis für solche Preisherabsetzung nicht mehr vorhanden wäre, dann würde das einen großen Irrtum bedeuten. Noch immer ist der Stand der Lebensmittelpreise in Deutschland außerordentlich hoch. Hat schon der Zollwuchertarif eine starke Steigerung der Lebensmittelpreise gebracht, so setzte im Jahre 1911 im Anschluß an die damaligen ungünstigen Ernteerhältnisse eine Periode von Preissteigerungen, die mit einigen Schwankungen seither anhält. Einen Anhalt zur Beurteilung der Schwankungen in den Preisen der Lebensmittel geben die im Wirtschaftsstatistischen Büro von Richard Calwer seit einer Reihe von Jahren fortlaufend vorgenommenen Berechnungen des wöchentlichen Lebensmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie. Diese Berechnungen stützen sich auf die Kleinhandelspreise in etwa 190 deutschen Städten. Bei der Berechnung des Monatsdurchschnittes für das ganze Reich ergibt sich, daß im Januar 1911 der Lebensmittelaufwand pro Woche 23,50 M. betrug. Er steigt dann fortgesetzt, von einigen unbedeutenden Schwankungen unterbrochen, bis auf 26,63 M. im September 1912. Die dann langsam einsetzende rückläufige Bewegung wird im Sommer 1913 unterbrochen; im Juli betrug der wöchentliche Nahrungsmittelaufwand durchschnittlich 25,88 M. Dann folgt wieder ein langsamer Rückgang, der auch jetzt noch anhält. Im Februar dieses Jahres betrug der Lebensmittelaufwand 25,29 M., das ist immer noch um 1,88 M. mehr als im Februar 1911, wo die Preise an sich schon anormal hoch waren.

Die Aufhebung des Gesetzes über die Zollermäßigung bei der Fleischzufuhr lenkt den Blick in stärkerem Maße auf die anhaltende Steuerlast. Die hohen Lebensmittelpreise legen den Gewerkschaften die Verpflichtung auf, immer energischer auf eine Erhöhung der Löhne zu dringen. Um dieser, im Interesse unserer gesamten Volkswirtschaft liegenden Aufgabe gerecht zu werden, bedürfen sie voller Bewegungsfreiheit. Statt dessen stellt sich jedoch die Staatsgewalt der Betätigung der Gewerkschaften fortgesetzt hindernd in den Weg. Der neueste Versuch des Berliner Polizeipräsidenten, unseren Verband der Schikanen des Vereinsgesetzes zu unterstellen, ist dafür ein sprechender Beweis. Durch künstliche Maßnahmen werden die

Preise der notwendigsten Lebensbedürfnisse ins Ungeheuerliche gesteigert, die Arbeiter aber sucht man daran zu hindern, durch Steigerung der Löhne einen Ausgleich für die Verteuerung ihrer Lebenshaltung zu finden. Das nennt man in Preußen-Deutschland „bewährte Wirtschaftspolitik“.

Der internationale Arbeiterkongress wird vom 28. bis 29. August in Wien im „Großen Musikvereinsaal“ (Wien I, Dumbastr. 1 und Karlsplatz 6) tagen. Als Tagesordnung ist vorgegeben:

1. Die Arbeitslosigkeit. — Referenten in der Kommission: Wollenbuhr (Deutschland), Macdonald (Großbritannien), Bailant (Frankreich).
2. Die Feuerung. — Referenten in der Kommission: S. Webb (Großbritannien), D. Bauer (Österreich), Dr. Justo (Argentinien).
3. Imperialismus und Schiedsgericht. — Referenten in der Kommission: Reir Hardie (Großbritannien), Haase (Deutschland), Jaurès (Frankreich), Wliegen (Holland und Dänemark).
4. Der Alkoholismus. — Referenten in der Kommission: Vandervelde (Belgien) und Wurm (Deutschland).
5. Die russischen Gefängnisgruel. — Referent in der Kommission: Liebknecht (Deutschland).

Durch einen Beschluß des internationalen sozialistischen Büros ist die Teilnehmerzahl beschränkt. Sie richtet sich nach der, jeder einzelnen Nation zugebilligten Stimmzahl dergestalt, daß auf jede Stimme höchstens sechs Delegierte entfallen. Da Deutschland in der Internationale 20 Stimmen hat, kann es sonach auf dem internationalen Kongress in Wien durch höchstens 120 Delegierte vertreten sein.

Die deutschen Konsumvereine haben im Jahre 1913 trotz der allgemeinen Ungunst der Verhältnisse ganz wesentliche Fortschritte gemacht. Die Zahl der dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Vereine ist zwar infolge der Verschmelzungsbestrebungen nur um zwei gewachsen und beträgt jetzt 1157, dagegen ist die Mitgliederzahl von 1 488 811 auf 1 620 694 gestiegen; dementsprechend erhöhte sich der Warenumsatz im eigenen Geschäft von 428 Millionen Mark im Jahre 1912 auf 472 Millionen Mark im Jahre 1913. Ebenso weist die Eigenproduktion der Verbrauchsbetriebe eine Steigerung von 83 871 000 M. auf 99 877 000 M., also fast 100 Millionen Mark auf. Der Umsatz im Lieferantengeschäft ist mit 32 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahr fast stabil geblieben.

Entschädigung soldatenreicher Familien. Ein anlässlich der letzten Heeresvermehrung vom Reichstag gefaßter Beschluß gelangt jetzt erstmalig zur Ausführung. Familien, aus welchen bereits drei Söhne ihrer gesetzlichen Militärpflicht genügt haben, sollen, wenn noch ein weiterer Sohn zur Ableistung seiner Militärpflicht eingezogen wird, für jedes von diesem zurückgelegte Dienstjahr eine Entschädigung von jährlich 240 M. erhalten. Diese Entschädigung wird in halbjährlichen Raten nachträglich gezahlt; erstmalig für die Zeit vom 1. Oktober 1913 bis 31. März 1914. Anspruch darauf haben die Eltern, oder wenn solche nicht vorhanden sind, die Großeltern; letztere aber nur für den Fall, daß sie erwerbsunfähig sind und von dem Eingestellten bis zur Einstellung dauernd unterstützt wurden. Diese dauernde Unterstützung ist auch Voraussetzung für den Bezug der „Aufwandsentschädigung“ durch Stiefeltern. Der Anspruch auf Aufwandsentschädigung ist bei der Gemeindebehörde am Aufenthaltsort der Eltern geltend zu machen und soll innerhalb vier Wochen nach dem Eintritt des Sohnes beim Militär angemeldet werden.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachungen des Vorstandes.

In Sprottau wurde eine neue Zahlstelle gegründet.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 16. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig geworden.

Die Verwaltungen derjenigen Zahlstellen, die an den Stichwahlen zum Verbandstag und Gewerkschaftskongress beteiligt sind, werden hierdurch nochmals aufmerksam gemacht, daß alle Stichwahlen in der Woche vom 19. bis 25. April stattfinden müssen. Bei den Hauptwahlen mußte eine Anzahl deswegen für ungültig erklärt werden, weil die Vorschriften des Wahlreglements in diesem Punkt nicht beachtet wurde. Die Stichwahlen dürfen also in keiner Zahlstelle früher als am 19. und nicht später als am 25. April stattfinden.

Auf die zweite Branchenkonferenz der Modellistischer machen wir noch einmal mit dem Bemerkten aufmerksam, daß die Verhandlungen in Berlin im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, stattfinden und am 26. April, vormittags 10 Uhr, beginnen. Zugleich sei noch einmal darauf verwiesen, daß die Delegierten dem Vorstand zu benennen sind und Logisgesuche für die Delegierten an den Kollegen Fritz Otto, Niederböschung, Körnerstraße 10, zu richten sind.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 97723 Josef Deschl, Tschl., geb. 26. 6. 53 zu Fürth i. Wald.
- 280544 G. Elberding, Modellist, 19. 5. 66 zu Düsseldorf.
- 302314 Heinrich Hupe, Tschl., geb. 9. 7. 64 zu Bonnberg.
- 360017 Otto Beder, Masch.-Arb., geb. 13. 8. 67 zu Schwedt.
- 362178 Aug. Neumann, Berg., 27. 11. 66 zu Brandenburg.
- 428069 Karl Stoop, Holzarb., geb. 26. 6. 55 zu Goltzow.
- 449424 Alfred Wehnert, Stuhl-, geb. 24. 3. 92 zu Painschen.
- 454719 Rich. Schöne, Tschl., 13. 10. 68 zu Charlottenburg.
- 466512 Hubrecht Gutgefell, Tschl., geb. 27. 9. 91 zu Götting.
- 490670 Jakob Kretzbiel, Masch.-Arb., geb. 7. 9. 87 zu Sembach.
- 500285 Karl Dudwe, Tschl., geb. 15. 3. 94 zu Berlin.
- 551817 Albert Schmod, Tschl., geb. 4. 8. 90 zu Weissensee.
- 567968 Alf. Winkelmann, Tschl., 27. 7. 94 zu Al.-Pötewitz.

618514 Paul Schubert, Eschl., geb. 3. 1. 87 zu Biederode.  
 608102 Hans Verwein, Eschl., geb. 22. 9. 94 zu Wittkampen.  
 673840 Fritz Ramm, Holzarb., geb. 8. 6. 95 zu Eppendorf.  
 604263 Joh. Mitsche, Eschl., 5. 6. 95 zu Nieder-Allersdorf.  
 Berlin SO. 16, Am Rönnekepark 2.

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

**Ausschaffenburg.** Im benachbarten Speßart liegt, umringt von Weinbergen, das Dorf Schluppach. Hier hat sich in einer ehemaligen Mühle eine „Süddeutsche Möbelfabrik“ niedergelassen, deren Arbeitsverhältnisse aber in schroffem Gegensatz zu den Schönheiten der umgebenden Natur stehen. Die Schreiner haben zwar mit Hilfe des Verbandes die Stundenlöhne wenigstens auf 32 bis 45 Pf. gebracht. Dagegen erhalten die Maschinenarbeiter nur 28 bis 33 Pf. Mit diesen haben die Fabrikhaber leichtes Spiel, da sie in der Mehrzahl nicht organisiert sind. Die Lebenshaltung für Ledige ist auch nicht sonderlich billig. Ein nur mit dem allernotdürftigsten ausgestatteter Raum kommt ohne Morgenkaffee die Woche 2,80 Mk., volle Kost nebst Logis auf 14,70 Mk., vereinzelt noch 12 Mk. Es wird guten Zusammenhaltens aller Arbeiter bedürfen, um hier den Lohn mit den Lebensverhältnissen in Einklang zu bringen.

**Berlin (Vergolder.)** In der Branchenversammlung vom 29. März sprach zunächst Kollege Thlau über „Rechte und Pflichten der Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse“. Der Obmann berichtete ferner, daß sich leider durch die Arbeitslosigkeit in der letzten Zeit wieder mehrere Kollegen dazu hergegeben haben, Zwischenmeister zu werden und so die Preise immer noch mehr herunterzudrücken. Zum anderen konnte aber festgestellt werden, daß in letzter Zeit der Besammlungsbesuch ein besserer geworden ist, weil die Versammlungen jetzt um 6 Uhr, statt früher um 8 1/2 Uhr, beginnen.

**Dresden (Korbmacher.)** In der Versammlung am 4. April hielt Kollege Starke einen Vortrag über das neue Reichsversicherungsrecht unter besonderer Berücksichtigung der Satzungen der Dresdener Ortskrankenkasse. Darauf wurden die Verhältnisse der geschlagenen Branche einer Kritik unterzogen. Ein besonderes Schmerzenskind ist Meister Hoffmann. Bei diesem mangelt es immer an allem, trotzdem er immer unseren Kollegen versichert, daß er Arbeit und auch Material genug hätte. Gestellarbeit, die Herr Hoffmann meist in seinen Arbeitergeschäften anpreist, hat er in der Regel überhaupt nicht. Jedenfalls sollten alle Kollegen, ehe sie auf Inserate hin nach Dresden kommen, sich bei der Sektionsleitung nach den näheren Umständen erkundigen.

**Hamburg.** Paritätischer Arbeitsnachweis. Wochenbericht vom Sonnabend, den 4. April, bis Freitag, den 10. April 1914.

Branchen	In d. Woche besetzte Arbeitsstellen	Am Wochenschluß vorhandene	
		offene Arbeitsstellen	gemeldete Arbeitslose
Bautischler inkl. Anschläger	53	—	403
Möbelschleifer	70	—	250
Maschinenarbeiter	6	—	35
Polierer inkl. Feizer	2	—	13
Drechsler	—	—	4
Sonstige Branchen	3	—	42
<b>Zusammen</b>	<b>134</b>	<b>—</b>	<b>747</b>

**Lauterberg.** Unterm 2. April brachte die „Südthannoversche Volkszeitung“ in Duderstadt ein Inserat, wonach die hiesigen Vereinigten Möbelfabriken Germania u. s. w. noch lächerliche Löhne festsetzen. Die Akkordlöhne seien so hoch, daß in 14 Tagen ein Verdienst von 70 bis 80 Mk. leicht erreicht würde. Die Eichsfelder könnten jeden Sonnabend auf Arbeiterfahrkarten nach Hause fahren. Für „gutes Logis“ in Lauterberg sei gesorgt. Wäre das Inserat einen Tag früher erschienen, würde es von den Arbeitern in Lauterberg wohl für einen Aprilscherz gehalten worden sein. Auch in der „Nordhauser Zeitung“ hat ein ähnliches Inserat gefunden. Warum legt nun die Direktion diesen Apparat in Bewegung? Seit 14 Tagen müssen die Tischler in der Tischfabrikation Überstunden machen, wofür diese 10 Pf. Zuschlag forderten. Die Direktion lehnte das ab und die Kollegen gingen infolgedessen in den nächsten Tagen, bis auf einen Lauterberger und drei von Eichsfeld, um 6 Uhr nach Hause. In der Werkstatteversammlung hatten aber gerade die drei Tischler von Eichsfeld sich für den Überstundenzuschlag ins Zeug gelegt und den Abwehrmaßnahmen zugestimmt. Auf Grund solcher Inserate ist es erklärlich, wenn Kollegen draußen denken, auf der Germania seien goldene Berge zu holen. Dabei wird dort seit Jahren nach Neujahr, wenn das Geschäft nicht so flott geht, in der einen oder anderen Branche an den Akkordpreisen abgezogen. So erklärte auch im letzten Winter Herr Direktor Wenneke wieder, daß er so hohe Löhne den Aktionären gegenüber nicht verantworten könne. Die betroffenen Arbeiter hatten aber bei sehr schwerer, staubiger und schmutziger Arbeit nur 4 bis 4,50 Mk. pro Tag, die Woche 24 bis 27 Mk. in Akkord verdient. Das war also der Direktion schon zu viel. Bislang haben auch die Tischler in der Tischfabrikation nicht von leichtem Verdienste sprechen können, sondern hier sind die Akkordlöhne eben so niedrig gesetzt wie in der Stuhlfabrikation. Während man in den Inseraten von hohen Akkordlöhnen spricht, werden die Stundenlöhne von 30 bis 35 Pf. verschwiegen. Höheren Stundenlohn wie 35 Pf. will man überhaupt nicht bezahlen. Bei den jetzigen Akkordlöhnen werden aber 70 bis 80 Mk. auch dann nicht verdient, wenn der Arbeiter noch so sehr schuftet. Oder kommt es der Germania-Leitung nur auf die Quantität und nicht auf die Qualität an? Das gute Logis liegt in der alten Stuhlfabrik Hattenhof u. s. w. Zeitler, und genügt kaum den allerbekanntesten Anforderungen. Die Reinlichkeit läßt sehr viel zu wünschen übrig. Doch ärgerlicher sieht es aber mit den Ruffeständen aus. In den berichtigten Schlafstellen ostbayerischer Güter kann es auch nicht schlechter aussehen. Die zuletzt Zugereisten haben denn auch die guten Logis der Germania-Leitung nicht bezogen. Es ist deshalb allen Kollegen zu empfehlen, bevor sie auf solche Inserate eingehen, sich erst bei der Lokalverwaltung zu erkundigen, damit sie vor Enttäuschung bewahrt bleiben.

**Naumburg.** Die am 27. März d. J. stattgefundenene öffentliche Versammlung, in der Kollege König-Berlin über die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kam- und Haarschmuckbranche sprach, war leider trotz aller intensivster Agitation nur von 80 Kollegen besucht. Als im Jahre 1885 hier der erste Fachverein der Kammmacher gegründet wurde, hatte er nach einjährigem Bestehen 90 bis 100 Kammmacher als Mitglieder. Der Ernst zur Organisation von damals sowohl wie der Verdienst und die gesamte wirtschaftliche Lage der Kollegen stehen im krassen Gegensatz zu heute. Bis Ende 1900 waren bei einigermassen guter Konjunktur Löhne von 40 bis 60 Mk. pro Woche keine Seltenheit. Heute sind Löhne von 30 Mk. pro Woche sehr selten. Der durchschnittliche Verdienst schwankt zwischen 18 bis 21 Mk., und viele sind froh, wenn sie in der Woche 14 bis 16 Mk. haben. Daran sind die schlechten und verworrenen Organisationsverhältnisse schuld. Selbst Kollegen, die 1885 den Fachverein mit gründeten, gehören heute dem ungefähr 30 Mitglieder zählenden eigenbrötlerischen Gewerksverein (S. D.) an, 84 Kollegen sind im Fabrikarbeiter-Verband und 33 Kollegen im Holzarbeiter-Verband organisiert. Bei 367 beschäftigten Kollegen und Kolleginnen sind knapp hundert organisiert. Wenn jeder seine Pflicht erfüllt, werden und müssen die Verhältnisse in der hiesigen Kam- und Haarschmuckbranche sich bessern. Baggage und Kleinmütze aber erzielen keinen Fortschritt.

Unsere Lohnbewegung.

**In Altenstein** ist am 1. April der Tarifvertrag der Tischler abgelaufen. Die Erneuerungsverhandlungen haben bisher ein befriedigendes Ergebnis nicht erzielt. Leider ist aber gegenwärtig auch der Geschäftsgang recht flau. Auf jeden Fall sollte aber bis zur Erledigung der Differenzen der Zugang unterbleiben.

**In Meiefeld** ist am 1. April der Tarifvertrag mit der Tischlerinnung und einigen Einzelfirmen abgelaufen, die Erneuerungsverhandlungen, bei denen auf Arbeitgeberseite Herr Kütelhäuser-Essen vom Meiefeld-Werkstätten-Verein als Antragsgegner mitwirkte, sind noch um keinen Schritt vorwärts gekommen. Es ist daher noch nicht abzusehen, ob eine friedliche Lösung erzielt wird.

**In Weeslar** sind die Kollegen der Waggonfabrik nun schon neun Wochen ausgesperrt. Streikbrecher sind aus den Berufen der Holzindustrie erkennbarerweise in den letzten Wochen fast gar nicht mehr hinzugekommen. Dafür setzt sich die Fabrikdirektion allmählich auch mit den bürgerlichen Freunden in Widerspruch, hatte sie doch als Grund zu ihren Lohnkürzungen in der Öffentlichkeit eine Verabredung der Preise staatlicher Arbeiten angegeben; sie mußte sich aber nachweisen lassen, daß dies unzutreffend ist. In Wirklichkeit soll doch lediglich der Riesenprofit erhöht werden. Einer weitverbreiteten bürgerlichen Zeitung hat die Direktion wegen einer belläufigen Bemerkung über den gegenwärtigen Lohnkampf die Inserate entzogen und ihr damit eine Probe des in den Vink-Hofmann-Werken üblichen Terrors gegeben. Schlimmer aber als hier, arbeitet die Firma mit Zwangsmitteln gegen ihre eigenen Arbeiter und Angestellten. Sie darf sich darum nicht wundern, wenn diese sich auch einmal ernsthaft zur Wehr setzen.

**In Habersleben** hatten die Tischler, die bis auf den letzten Mann organisiert sind, im vorigen Jahre den Tarifvertrag stillschweigend bis zum 1. April 1914 verlängert. Nachdem sich inzwischen der größte Teil der Arbeitgeber dem Arbeitgeber-Schutzverband angeschlossen hatte, wurde jetzt bei durchaus günstiger Konjunktur ein Nachtrag zum Vertrag vereinbart, der einen Zuschlag von 3 Pf. auf die bestehenden Löhne und 2 Pf. auf den Minimallohn bringt, der damit auf 49 Pf. kommt. Der Vertrag läuft nun bis zum Februar nächsten Jahres und kommt somit zur Vertragsgruppe 1915.

**In Albeck** wurde mit der Holzwarenfabrik von Lüders ein Vertrag auf vier Jahre abgeschlossen. Die Arbeitszeit wird um eine Stunde auf 53 Stunden die Woche verkürzt mit Lohnausgleich. Außerdem erfolgt eine Lohnerhöhung um 8 Pf. die Stunde. Der Mindestlohn steigt für alle Branchen um 10 Pf. die Stunde. Dieser Vertrag wurde zufolge des Kartellvertrages mit dem Fabrikarbeiter-Verband erstmalig mit dem Holzarbeiter-Verband abgeschlossen. Der Vertragsabschluss beweist auch den Mitgliedern des Fabrikarbeiter-Verbandes, daß der Holzarbeiter-Verband die Interessen der Arbeiter in vollem Maße vertritt.

**In Radebeul** bei Dresden erreichten die Grünkorbmacher der Firma Hörning die 52stündige Arbeitszeit und eine fünfprozentige Erhöhung der Akkordpreise.

Aus der Holzindustrie.

Der Polizeikampf gegen die Gewerkschaften.

Die Aufforderung, Statut und Verzeichnis der Vorstandsmitglieder einzureichen, hat der Berliner Polizeipräsident v. Jagow nicht nur an den Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes gerichtet, die gleiche Aufforderung ist auch an die Vorstände des Transportarbeiter-Verbandes und des Landarbeiter-Verbandes, ferner an die Berliner Jahrestellen der Verbände der Metallarbeiter, der Fabrikarbeiter und der Zimmerer gerichtet worden. Bemerkenswert ist der Umstand, daß Traugott v. Jagow die Strafandrohung in seiner Verfügung nicht auf das Vereinsgesetz, sondern auf das Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung stützt. Durch diesen Schachzug wird die Entscheidung der Frage, ob die von der Polizei aufs Korn genommenen Verbände politische Vereine im Sinne des Vereinsgesetzes sind, den ordentlichen Gerichten entzogen. Die Polizeiverfügung kann nur auf dem Wege des Verwaltungsstreitverfahrens angefochten werden. Herr v. Jagow rechnet jedenfalls damit, daß die Chancerei, sein Ziel zu erreichen, auf diesem Wege günstiger sind. Ueberdies werden durch die Unterstellung unseres Verbandsvorstandes unter das Vereinsgesetz auch alle Jahrestellen im Reiche mit einem Schlag zu politischen Vereinen gestempelt.

Selbstverständlich ist gegen die Polizeiverfügung sofort Einspruch erhoben worden, und man muß das Ergebnis der Prozedur abwarten. Wie sie ausgehen wird, läßt sich schwer voraussagen. Wenn es allein auf das Gesetz und den Willen des Gesetzgebers anlämte, dann müßte Herr v. Jagow mit seinem Verlangen strikte abgewiesen werden. Aber bei dem Versuch, die Gewerkschaften als politische Vereine zu behandeln, dreht es sich nicht allein um die Rechtsfrage, sondern hier spielen in hohem Maße politische Momente eine Rolle. Die Regierung ist gewerkschaftsfeindlich. Der preussische Polizeiminister v. Dallwitz fordert die Unternehmer auf, die Gewerkschaften mit terroristischen Mitteln zu bekämpfen; er geht dabei mit gutem Beispiel voran, indem er den ihm unterstellten Polizeibehörden Anweisungen gibt, wie man das den Gewerkschaften durch Reichsgesetz eingeräumte Recht, Streikposten zu stellen, auf dem Verwaltungswege rauben kann. Wenn auch nicht so deutlich, wie bei diesem preussischen Minister, so kann man doch bei fast allen höheren Behörden und erst recht bei ihren untergeordneten Organen eine ausgesprochene Gewerkschaftsfeindschaft feststellen.

Während man bemüht ist, den freien Gewerkschaften Hindernisse in den Weg zu legen, bringt man deren Gegnern weitgehende Sympathien entgegen. An sich braucht uns das nicht sonderlich zu grämen. Unsere Organisationen sind im Wettersturm groß geworden; trotz der Maßnahmen der Behörden, die dazu bestimmt waren, unsere Entwicklung zu hemmen, sind die freien Gewerkschaften gewachsen; sie sind die maßgebenden Gewerkschaften in Deutschland. Das Wohlwollen der Machthaber hat den Konkurrenzorganisationen nichts geholfen, sie sind kleine, unscheinbare Gebilde geblieben, deren Bedeutung für den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter verschwindend gering ist. Daß die Hirsch-Dunderschen und christlichen Gewerkschaften auch gelegentlich an Lohnkämpfen beteiligt sind, soll gar nicht bestritten werden, aber sie führen ihre Kämpfe in der Regel im Schatten der freien Verbände, um sich nachher mit fremden Lorbeeren zu schmücken. Was sie den Behörden sympathisch macht, ist ihre ausgesprochene Feindschaft gegen die Sozialdemokratie. Und das ist ein Punkt, auf den sehr nachdrücklich hingewiesen werden muß. Bei dem Bestreben, die freien Gewerkschaften als politische Vereine zu erklären, spielt deren Zuneigung zur Sozialdemokratie eine große Rolle. Eine Zuneigung, die übrigens ganz natürlich ist, denn die Sozialdemokratie ist die einzige politische Partei, welche die Interessen der Arbeiter und ihrer wirtschaftlichen Organisationen rücksichtslos wahrnimmt. Ist aber die Zuneigung zur Sozialdemokratie ein Beweis für den politischen Charakter der Gewerkschaften, dann sind Gewerkschaften, welche den Kampf gegen die Sozialdemokratie auf ihre Fahne geschrieben haben, in noch viel höherem Maße politische Organisationen.

Wenn in Deutschland nach den Grundsätzen der Verfassung die Gewerkschaften registriert werden, dann hätte man die Gewerkschaften unbehelligt lassen müssen. Die Behörden, die sich aber durch ihr Gewissen bedrängt fühlen, die Gewerkschaften als politische Vereine zu behandeln, hätten dann gleichzeitig und mit denselben Argumenten auch gegen die Hirsch-Dunderschen und christlichen Gewerkschaften vorgehen müssen, ganz zu schweigen von den gelben Sumpfpflanzen und den verschiedenen Organisationen der Unternehmer, die sich ganz ungerührt politisch betätigen. Aber alle diese Organisationen brauchen sich nicht zu beunruhigen, das Verhalten der Regierung wird nicht von den Grundsätzen der Gerechtigkeit, sondern von der Rücksicht auf das sogenannte „Staatswohl“ diktiert, welche mitunter auch für die Entscheidungen der Justiz bestimmend ist. Deshalb wird man die anderen nicht an den Galgen hängen, der für die freien Gewerkschaften errichtet wurde.

Dieselbe preussische Regierung, die mit Spießen und Stangen auszieht, die Gewerkschaften zu bekriegen, welche sich die Arbeiter zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen geschaffen haben, überschüttet die gelbe Bewegung, welche von den Scharmachern ins Leben gerufen wurde, um die gewerkschaftliche Aktion zu lähmen, nicht nur mit Beweisen ihres Wohlwollens, sie gewährt ihr auch finanzielle Unterstützung. Während von verschiedenen Seiten gemeldet wird, daß Jagows Attacke nur eine Teilaktion sei, der unmittelbar ein von der preussischen Regierung vorbereitetes konzentrisches Kesseltreiben gegen die Gewerkschaften im ganzen Staatsgebiet folgen soll, werden allerliebste Enthüllungen über ein Sechtmächtel zwischen der preussischen Regierung, den konservativen Agrariern und den gelben Sumpfpflanzen gemacht. Der „Deutsche Kurier“, ein in Berlin erscheinendes nationalliberales Blatt, berichtet hierüber:

„Die sogenannte ‚wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung‘ (Gelbe), die die nationale Arbeiterkraft auf das schlimmste gespalten hat, findet zurzeit ihre Hauptförderer in den konservativ-agrarischen Kreisen. In den geheimen Konferenzen, die zu diesem Zwecke unter der Leitung fast sämtlicher preussischer Ministerien am 23. November 1912 und am 29. November 1913 im preussischen Abgeordnetenhaus stattfanden, spielten der Bundesführer Freiherr v. Wangenheim und seine Freunde die erste Rolle. Mit einem dieser Kreise eigentümlichen kategorischen Imperativ forderten sie in diesen Konferenzen von der Regierung die erforderliche finanzielle Unterstützung für diese Bewegung, und die Regierung gewährt infolgedessen der Bewegung namhafte finanzielle Förderung.“

Die Gewerkschaften suchen die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu heben, sie sind die Träger einer Kulturmission, deshalb werden sie von der preussischen Regie-

nung auf das grimmigste gehaßt und verfolgt. Die G e l b e n sind, nach einer Charakteristik, die Professor Luja Brentano von ihnen entwarf, Leute, „die jeden Gemeingefühls für die Interessen und Ehre ihres Standes bar, lediglich ihren momentanen persönlichen Vorteilen verfolgen“. Dafür werden sie von der preussischen Regierung gehegt und gepflegt und mit dem Gelde der Steuerzahler aus geheimen Fonds unterstützt.

Bei der Staatsaktion gegen die Gewerkschaften handelt es sich in erster Linie darum, ihnen den jugendlichen Nachwuchs zu entziehen. Personen unter 18 Jahren dürfen nach dem Vereinsgesetz politischen Vereinen nicht als Mitglieder angehören und auch nicht an politischen Versammlungen teilnehmen. Man braucht nur an die großen Anstrengungen zu denken, die von den Behörden gemacht werden, um eine „patriotisch“ abgestempelte Jugendbewegung großzuziehen, um den Zusammenhang zwischen dieser hurrapatriotischen Jugendfürsorge und dem Versuch zu erkennen, die jungen Leute an der Betätigung ihres Interesses für die ihnen am nächsten liegenden wirtschaftlichen Fragen zu verhindern. Sollte der jugendliche Landbund wirklich von dem Ausschluß der jugendlichen Mitglieder aus den Gewerkschaften Vorteile für sich erwarten, dann wird er voraussichtlich eine Enttäuschung erfahren.

Aber auch der Doktor juris Traugott v. Jagow wird sich, wenn ihm sein Streich glücken sollte, über den Erfolg seines Vorgehens wundern. Die jungen Arbeiter, die in dem Alter, in welchem man es ihnen verbieten will, sich um ihre wirtschaftlichen Interessen zu kümmern, schon vielfach völlig auf den Erwerb aus ihrer Arbeit angewiesen sind, werden noch mehr wie jetzt schon den Augenblick herbeischnellen, an dem die Kette fällt, die sie von ihrer Organisation fernhält. Glaubt der Polizeipräsident und der ihm übergeordnete Minister v. Dallwitz wirklich, daß es möglich sei, den Einfluß der Arbeiter auf die jungen Leute, die in der Fabrik neben ihnen stehen, zu unterbinden, wenn diese nicht der Organisation angehören? Sie mögen es sich gesagt sein lassen, daß sie es vielleicht hindern können, daß die jungen Leute unter 18 Jahren der Organisation als Mitglieder angehören, aber sie werden nie imstande sein zu verhindern, daß diese jungen Leute zu denkenden Arbeitern erzogen werden.

Es kann unserem Verband durchaus nicht gleichgültig sein, ob er den Bestimmungen des Vereinsgesetzes unterstellt wird, und es wird kein Mittel unversucht gelassen werden, der Politischerklärung zu entgehen. Wir wissen die Hemmnisse, die uns in den Weg gelegt werden sollen, wohl zu würdigen und haben allen Grund, sie uns vom Leibe zu halten. Aber im äußersten Fall würden wir uns damit abzufinden wissen. Die Geschichte unseres Verbandes ist reich an Kämpfen zur Abwehr von behördlichen Uebergriffen und Schikanen. Unser Verband wird, mag die neueste Polizeiaktion ausgehen wie sie wolle, vorwärts schreiten. Er wird nach wie vor der starke und erfolgreiche Schützer der wirtschaftlichen Interessen der deutschen Holzarbeiter sein; trotz Dallwitz und trotz Jagow!

Unter den Unternehmern im Vergoldergewerbe ist gegenwärtig eine Bewegung im Gange, die darauf abzielt, die Goldbleistiftfabrikanten zu einer Zentralorganisation zu vereinigen. Ueber diese Bewegung dringen jedoch nur spärliche Nachrichten in die Öffentlichkeit. Der früher selbständige Verein der Goldbleistiftfabrikanten von Berlin und Umgegend hat sich schon vor längerer Zeit dem Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe angeschlossen. Ob die neuerlichen Organisationsbestrebungen von dieser Stelle ausgehen, läßt sich nicht beurteilen. Im Oktober vorigen Jahres ist in Brandenburg eine Vereinigung der Goldbleistiftfabrikanten für Mitteldeutschland gegründet worden, welcher u. a. die Fabrikanten in Brandenburg, Burg, Stendal, Grabow, Leipzig und Meerane angehören. Vorsitzender dieser Vereinigung ist der Inhaber der Badischen Goldbleistiftfabrik in Brandenburg v. Toppeltsch. Der Zweck dieser Vereinigung soll es sein, der Schmutz- und Schleierkonkurrenz entgegenzuwirken, doch hat man von ihren Leistungen auf diesem Gebiet noch nichts erfahren.

Es scheint jedoch, als ob diese Vereinigung für Mitteldeutschland nur eine Untereinheit einer für das ganze Reich gegründeten Organisation der Unternehmern im Vergoldergewerbe ist. Bemerkenswert ist der Umstand, daß kürzlich ein Verband von Goldbleistiftfabrikanten Deutschlands, Distrikt Westen mit einer Rundgebung an unsere Kollegen in Köln herangetreten ist, darauf schließend. Diese Rundgebung hat folgenden Wortlaut:

„Verband von Goldbleistiftfabrikanten Deutschlands, Distrikt Westen.“

**Bekanntmachung.**

Der unterzeichnete Verband ersucht hiermit seine Arbeiter, sich nicht von ausländischen Fabriken engagieren zu lassen. Diese nutzen die deutschen Arbeiter nur als Lehrlinge aus.

Das Ausland wird dadurch in die Lage versetzt, die Qualität seines Fabrikates stets zu verbessern, wodurch der deutschen Goldbleistiftindustrie der Abgang ihrer Fabrikate immer mehr erschwert wird.

Arbeiter, die sich nach dem Ausland engagieren lassen, finden für die Zukunft in den Fabriken des Verbandes keine Beschäftigung mehr.

Verband von Goldbleistiftfabrikanten Deutschlands, Distrikt Westen.

Vertrau u. Hofer, Köln. — F. G. Romken, Düsseldorf. — Freyberg u. Co., Oberkassel bei Düsseldorf. — Schienenberg u. Co., Köln. — Schulze u. Co., Köln-Chrenfeld. — Beyerberg u. Co., Köln-Chrenfeld, sowie Distrikt Norden, Mitteldeutschland, Berlin.

Bei den unterschriebenen Firmen fällt das Fehlen der Firma R. Könnemann in Ehrenfeld auf. Ob sie dem Verbande der Goldbleistiftfabrikanten nicht beigetreten ist oder ob sie sich nur dieser Rundgebung nicht anschließen wollte, weil sie in Paris eine Filiale unterhält, müssen wir dahingestellt sein lassen.

Was die Rundgebung selbst anlangt, so ist sie nur ein Beweis dafür, daß die Unternehmer mit tödlicher Sicherheit immer das verkehrteste Mittel ergreifen, auch bei der Befolgung von an sich ganz vernünftigen Zielen. Es kommt tatsächlich vor, daß deutsche Kollegen Stellen im Auslande annehmen, wo sie oft dazu verwendet werden, weibliche und jugendliche Arbeiter anzulernen. Haben sie diese Aufgabe erfüllt, dann sind sie entbehrlich und sie können sich trösten. Solchem Unfug entgegenzuwirken, haben auch die Arbeiter ein lebhaftes Interesse, und es hätte den Unternehmern, wenn sie schon eine Organisation gegründet haben, durchaus nicht übel angestanden, wenn sie zur gemeinsamen Bekämpfung eines Mißstandes, der von beiden Seiten als solcher empfunden wird, Verbindung mit der zuständigen Arbeiterorganisation gesucht hätten. Es scheint jedoch, als ob die Herrschaften fürchten, durch das Zusammenarbeiten mit den im Deutschen Holzarbeiter-Verband organisierten Vergoldergehilfen ihrer Ehre etwas zu vergeben. Sie wollen keine Verständigung, sie wollen nur diktieren und das Produkt ist der vorliegende Ukas, der von den Arbeitern notwendig als Beleidigung empfunden werden muß. Die Unternehmer haben kein Recht, den Arbeitern ihre Freizügigkeit zu beschränken. Solche Versuche müssen Widerspruch wecken, und wenn die Goldbleistiftfabrikanten das Gegenteil von dem erreichen, was sie beabsichtigen, dann haben sie das ihrem Hochmut und ihrer „Geschicklichkeit“ zu danken.

Die Jahrbücher Brandenburg ist jetzt auch mit einem gedruckten Jahresbericht für 1913 erschienen. Einen wesentlichen Bestandteil bilden dabei die Berichte über die Tarif-erneuerung der Tischler und die Auspekerung der Brennabor-Werke der Gebr. Reichstein. Die letztere verursachte allein 38 600 Mk. Kosten. Um die Unterstützung der Arbeitslosen zu den statistischen Sähen auf 24 Tage über das Statut hinaus durchzuführen zu können, wurde der Beitrag um 10 Pf. auf 90 Pf. für männliche und 40 Pf. für weibliche Mitglieder erhöht. Das Lokalevermögen betrug am Jahreschluß 10 475 Mk., die Mitgliederzahl 770, wovon unter sich 55 weibliche Personen befanden.

Das Organ des Holzarbeiter-Verbandes in Bulgarien, das in bulgarischer Sprache erscheint, bringt an der Spitze seiner neuesten Nummer einen in deutscher Sprache geschriebenen Aufruf „An die fremden Arbeiter in Bulgarien“. Es wird darauf hingewiesen, daß infolge der wirtschaftlichen Krise viele Arbeiter aus Deutschland, besonders aber aus Oesterreich, auswanderten und zum Teil nach Bulgarien kamen. Aber auch hier ist die Arbeitslosigkeit sehr groß. Eine Ausnahme macht in dieser Beziehung nur die Hauptstadt Sofia. Hier ist aber auch der Zustrom fremder Arbeiter außerordentlich stark; ein Umstand, der es den Kollegen unmöglich macht, die Situation auszunutzen. Diesem Uebel läßt sich nur abhelfen durch den Beitritt aller Kollegen zur Organisation. Der Aufruf protestiert gegen die von interessierter Seite unter den ausländischen Kollegen verbreiteten Behauptung, daß der Holzarbeiter-Verband nationalistischen Tendenzen hulldige, er ist im Gegenteil eine rein proletarische Klassenkampforganisation. Dem Verbands gehören schon serbische, rumänische und österreichische Kollegen an, aber notwendig ist es, daß sich ihm alle ausländischen Kollegen anschließen. Die Ortsgruppe Sofia des bulgarischen Holzarbeiter-Verbandes hält ihre Versammlungen jeden Mittwoch um 7½ Uhr abends im „Robotnik'ski Dom“ (Arbeiterhaus), April- und Methodiststraße 64, ab. Zum Besuch dieser Versammlungen werden insbesondere auch die ausländischen Kollegen eingeladen.

**Gewerkschaftliches.**

**Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1912.**

Ziemlich spät ist uns in diesem Jahre der Bericht über die internationale Gewerkschaftsbewegung zugegangen. Eine ausführliche Besprechung dieses Berichtes ist zwar schon vor einiger Zeit versandt worden. Diese Methode, der Presse zunächst eine Besprechung des Buches zur Verfügung zu stellen und dieser nach einigen Wochen das Buch selbst folgen zu lassen, ist vom internationalen Gewerkschaftsbund schon früher geübt worden, aber glücklich können wir sie nicht nennen. Obwohl der Bericht über die internationale Gewerkschaftsbewegung zum zehnten Male erstattet wird, ist er doch noch recht weit davon entfernt, ein vollständiges Bild von der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu geben. Das liegt nicht nur an der Verschiedenartigkeit der Einrichtungen in den Gewerkschaften der verschiedenen Länder, welche es erschwert, eine vergleichbare Statistik zu schaffen, auch den Leitern mancher Gewerkschaften scheint das richtige Verständnis für den Wert einer vollkommenen Statistik immer noch zu fehlen. Das dürfte auch ein Grund dafür sein, daß der „Internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung“ so reichlich spät erscheint. Dabei darf aber anerkannt werden, daß die Berichte immer vollkommener werden, und das berechtigt zu der Hoffnung, daß es mit der Zeit noch gelingen wird, eine wirklich brauchbare Gewerkschaftsstatistik zu erlangen.

Die Zahl der Länder, welche dem internationalen Sekretariat, oder wie diese Körperschaft jetzt heißt, dem internationalen Gewerkschaftsbund, angeschlossen sind, hat im Jahre 1912 keine Änderung erfahren; dagegen sind im Jahre 1913 die gewerkschaftlichen Landeszentralen von Neu-Seeland und von Südafrika beigetreten. Die in Bulgarien bestehenden beiden Landeszentralen haben bisher ihre Einigung nicht vollzogen, sie sind deshalb zum internationalen Gewerkschaftsbund nicht zugelassen. Soweit bekannt, wird in diesem Jahre noch ein Versuch unternommen werden, durch Vermittelung des internationalen Gewerkschaftsbundes den Bruderstreit in Bulgarien zu schlichten; hoffentlich hat dieser Versuch Erfolg, so daß auch die etwa 10 000

Gewerkschaftsmitglieder dieses Landes dem gewerkschaftlichen Internationale zugeführt werden können.

Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in Neu-Seeland wird auf 60 000 geschätzt. In Australien gibt es außerdem noch sechs gewerkschaftliche Landeszentralen, die nach einer amtlichen Statistik im Jahre 1912 insgesamt 433 224 Mitglieder zählten. Es sind gegenwärtig Bestrebungen im Gange, die auf eine Verschmelzung dieser Landeszentralen abzielen. Falls diese Erfolg haben, dürfte auch der Beitritt der Gewerkschaften in Australien zum internationalen Gewerkschaftsbund zu erwarten sein. Die Gewerkschaften in Südafrika dürften etwa 100 000 Mitglieder zählen. Die Zahl der Mitglieder sämtlicher Gewerkschaften in den Ländern, welche im internationalen Gewerkschaftsbund vereinigt sind, stieg von 11 435 498 im Jahre 1911 auf 13 159 908 im Jahre 1912. Rechnet man zu der angegebenen Zahl auch die dem internationalen Gewerkschaftsbund im Jahre 1912 nicht angeschlossenen Gewerkschaften in Südafrika, Neu-Seeland, Australien und Bulgarien, dann ergibt sich ein Bestand von 13 762 700 Gewerkschaftsmitgliedern.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Ueberblick über die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in den einzelnen Ländern und den Teil von ihnen, der der Landeszentrale angeschlossen ist.

	Gewerkschaftsmitglieder			
	insgesamt		der Landeszentrale angeschlossen	
	1911	1912	1911	1912
1. England . . . . .	3010346	3818973	861482	874281
2. Frankreich . . . . .	1029238	—	450000	387000
3. Belgien . . . . .	92735	231805	77224	116082
4. Niederlande . . . . .	153089	169144	52285	61585
5. Dänemark . . . . .	128224	189012	105269	107067
6. Schweden . . . . .	116500	121868	80120	85522
7. Norwegen . . . . .	53830	60875	53475	60975
8. Finnland . . . . .	19640	23830	19640	20989
9. Deutschland . . . . .	3061002	3817271	2399785	2558162
10. Oesterreich . . . . .	496263	584811	421905	428963
11. Bosnien-Herzegow. . . . .	5587	5522	5587	5522
12. Kroatien-Slawon. . . . .	8504	6783	7182	5638
13. Ungarn . . . . .	95180	111968	95180	111968
14. Serbien . . . . .	8337	5000	8337	5000
15. Rumänien . . . . .	6000	9708	6000	9708
16. Schweiz . . . . .	78119	86813	78119	86813
17. Italien . . . . .	709943	860502	384448	320912
18. Spanien . . . . .	80000	100000	80000	100000
19. Vereinigte Staaten . . . . .	2282861	2496000	1776000	2054528
Zusammen . . . . .	11435498	12094490	6900995	7394461

In der vorstehenden Tabelle, die wir dem Bericht entnehmen, ist die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder im Jahre 1912 nur mit 12 094 490 angegeben. Es fehlt in dieser Rubrik die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in Frankreich, die nach einer Angabe an einer anderen Stelle des Berichtes 1 064 413 beträgt. Eine Erklärung dafür, daß diese Zahl in der tabellarischen Zusammenstellung fehlt, haben wir in dem Bericht vergeblich gesucht. Bei einigen Ländern ist die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder ebenso groß wie die Zahl der der Landesorganisation angeschlossenen Organisationen. Das liegt daran, daß für die betreffenden Länder Angaben über die Organisationen anderer Richtung nicht vorhanden sind. Ein Rückgang der Gesamtmitgliedszahl ist nur in Bosnien, Kroatien- und Serbien eingetreten, dagegen weisen trotz Steigerung der Gesamtmitgliedszahl Frankreich und Italien einen Verlust an Mitgliedern der angeschlossenen Verbände auf. Für Frankreich wird das dahin erklärt, daß es sich nur um einen rechnerischen Verlust handelt. Für die angegebene Mitgliedszahl sind Beiträge an den internationalen Gewerkschaftsbund gezahlt. Für das Jahr 1911 hat die Landeszentrale für mehr Mitglieder Beiträge gezahlt als sie selbst von den Gewerkschaften erhielt, in der Annahme, daß diese nicht die volle Mitgliederzahl angeben. Für 1912 ist die Rechnung etwas genauer gemacht worden. In Italien ist infolge der durch den Krieg herbeigeführten wirtschaftlichen Krise die syndikalistische Richtung verstärkt worden, wodurch, statt des in solcher Periode eintretenden normalen, ein größerer Mitgliederverlust entstanden ist.

In den Berichten über das Massenwesen der Gewerkschaften werden die Lücken allmählich kleiner, sie sind aber immer noch so groß, daß es gewagt erscheint, aus den vorhandenen Angaben Schlüsse zu ziehen, welche die Gesamtheit der Gewerkschaften betreffen. Die vom Sekretariat des internationalen Gewerkschaftsbundes gemachten Zusammenstellungen haben vorläufig in der Hauptsache nur einen zehnerischen Wert. Erst wenn sich alle angeschlossenen Organisationen daran gewöhnt haben, der Zentrale brauchbare Zahlen zu liefern, wird dieser Teil der Gewerkschaftsstatistik seinen Zweck völlig erfüllen. Vergleichbar sind im Grunde nur die Angaben über die den Landeszentralen angeschlossenen Mitglieder, und aus diesen ergibt sich ein erfreuliches Wachstum der Gewerkschaften. Die Entwicklung des internationalen Gewerkschaftsbundes zeigt die folgende Aufstellung. Es waren angeschlossen:

1904:	14	Landeszentralen mit 2 378 975 Mitgliedern
1905:	14	" " 2 849 630
1906:	14	" " 3 706 425
1907:	16	" " 4 079 895
1908:	17	" " 4 313 516
1909:	20	" " 5 859 257
1910:	20	" " 6 121 711
1911:	19	" " 6 900 995
1912:	19	" " 7 394 461

Außer diesen zusammenfassenden Berichten werden auch die Berichte der einzelnen Landessekretäre mitgeteilt, die meist eine übersichtliche Darstellung der Tätigkeit der Gewerkschaften in den verschiedenen Ländern geben, auf welche wir jedoch im einzelnen nicht eingehen können.

Die Berichterstattung der internationalen Berufssekretariate, die im Vorjahre eingeführt wurde, ist beibehalten worden. Auf der im Jahre 1913 abgehaltenen Konferenz der Berufssekretäre wurde beschlossen, alljährlich nach einem einheitlichen Berichtsbogen zu berichten; es darf deshalb erwartet werden, daß im nächsten Jahre die Berichte von allen Sekretären vorliegen. Insgesamt existieren 82 internationale Berufssekretariate, von welchen jedoch für das Jahr 1912 nur 25 berichtet haben. Es fehlen die Berichte der Bildhauer, Bauarbeiter, Hotel- und Restaurationsangestellten, Hutarbeiter, Fleischer, Keramischen Arbeiter und der Steinseher. Die Bildhauer-Verbände sind der Internationalen Union der Holzarbeiter angeschlossen, ihr internationales Sekretariat ist nur eine Auskunftsstelle für spezielle Berufsangelegenheiten. Einen besonderen Bericht kann dieses Sekretariat nicht geben, weil die für die Berichterstattung in Betracht kommenden Zahlen in dem Bericht der Internationalen Union der Holzarbeiter enthalten sind. Im internationalen Sekretariat der Bauarbeiter war die alljährliche Berichterstattung bisher nicht eingeführt. Das Sekretariat der Fleischer ist erst im April 1913 errichtet worden.

Ueber Sitz und Umfang der internationalen Berufssekretariate unterrichtet die folgende Zusammenstellung:

Table with columns: Internationales Sekretariat der, Sitz des Sekretariats, Anzahl der Angehörigen in verschiedenen Organisationen, Anzahl der Mitglieder insgesamt.

In die vorstehende Tabelle haben wir für die Bauarbeiter, Kürschner, Schmiede und Tabakarbeiter die Zahlen aus dem vorjährigen Bericht eingestellt, trotzdem bleiben in dieser tabellarischen Uebersicht noch verschiedene Lücken. Für die Metallarbeiter ist diesmal nur die Mitgliederzahl der angeschlossenen Organisationen angegeben; in dem Bericht für 1911 war mitgeteilt, daß dem internationalen Sekretariat 37 Zentralverbände in 18 Ländern und 10 Lokalvereine angeschlossen waren. Ebenso wie die Landessekretäre haben auch die internationalen Berufssekretäre mehr oder weniger ausführliche Berichte über ihre Tätigkeit erstattet. Der bereits erwähnte Beschluß, die Berichte der Berufssekretäre nach einem einheitlichen Schema zu gestalten, wird hoffentlich dazu beitragen, daß dieser Teil des Berichtes über die internationale Gewerkschaftsbewegung künftig vollständiger ist.

Der Bericht im ganzen läßt das Gefühl zurück, daß die internationale Gewerkschaftsstatistik noch immer in den Kinderschuhen steckt, trotz aller Fortschritte, die bisher auf diesem Gebiete gemacht wurden. Um so mehr ist es anzuerkennen, daß sich der Leiter des internationalen Gewerkschaftsbundes, C. Legien, die Mühe nicht verdrießen läßt, dieses seiner Unvollständigkeit wegen, mangelhafte Material zu verarbeiten. Wenn man die Berichte für die früheren Jahre mit dem neuesten vergleicht, dann ist ein Fortschritt unverkennbar, und das berechtigt zu der Hoffnung, daß wir mit der Zeit auch zu einer Statistik kommen werden, welche der Bedeutung der internationalen Gewerkschaftsbewegung entspricht.

Eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände fand in den Tagen vom 24. bis 26. März in Berlin statt. Sie beschäftigte sich, wie das 'Correspondenzblatt' der Generalkommission berichtet, hauptsächlich mit der Tagesordnung des bevorstehenden Gewerkschaftskongresses in München und den hierzu seitens der Verbandsvorstände zu unterbreitenden Vorlagen. Im weiteren nahm die Konferenz Informationen über die Situation auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung entgegen und beschloß, sich bei der Beteiligung an der Internationalen Buchgewerbe-Ausstellung in Leipzig auf die gemeinsame Ausstellung der Fachpresse

in Einzelnummern und gebundenen Jahrgängen zu beschränken.

Terrorismus. Die Stadtverwaltung von Treptow an der Rega in Pommern hat zurzeit einen Neubau zu errichten. Der Stadtmagistrat, an dessen Spitze der Junker Fr. v. Minnigerode steht, will jedoch nicht, daß an diesem Bau Gewerkschaftsmittglieder beschäftigt werden. Dem Unternehmer, dem der Zuschlag erteilt wurde, ist deshalb ein Schreiben folgenden Inhalts zugegangen:

Hiermit erteilen wir Ihnen auf Ihr Angebot vom 26. März 1914 auf Ausführung der Maurerarbeiten zum Wiederaufbau des Forsthauses Jungfernbrück zu den im Angebot angegebenen Einheitspreisen, unter den dem Angebot angehefteten, von Ihnen anerkannten Bedingungen sowie der besonderen Bedingung den Zuschlag, daß bei den Arbeiten Mitglieder oder Angehörige des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes (freie Gewerkschaft) nicht beschäftigt werden. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung wird pro Mann und Tag eine Vertragsstrafe von 10 Mk. — zehn Mark — von Ihrem Guthaben in Abzug gebracht und zu unseren Gunsten einbehalten. Sie verzichten auf alle Einreden und Einwendungen. Der Rechtsweg wird ausgeschlossen.

Fr. v. Minnigerode. Dieser Versuch, die organisierten Arbeiter auszuhungern oder sie durch die Hungerpreiße zu zwingen, ihrer Organisation treu zu werden, verrät eine solch niedrige Gesinnung, wie man sie bei einem normal empfindenden Menschen nicht voraussehen sollte, geschweige denn bei einer Stadtverwaltung, die das Wohl aller Bürger im Auge haben mußte. Zur Entschuldigung des Treptower Stadtmagistrats kann man allerdings anführen, daß das zitierte Schreiben den Intentionen des preussischen Polizeiministers entspricht. Das tollste ist dabei nur, daß Leute, die so handeln, noch den Mut haben, sich über den angeblichen Terrorismus der Gewerkschaften zu entrüsten.

Der Bauarbeiter-Verband hat die Wirtschaftskrise des Vorjahres verhältnismäßig gut überstanden. Bei dem vollständigen Darniederliegen des Baugewerbes mit dem Abfluten großer Arbeitermengen aus dem Bauberuf war natürlich ein Rückgang der Mitgliederzahl unvermeidlich, immerhin bleibt dieser mit 2,66 Prozent im Jahresdurchschnitt erheblich gegen die 12,41 Prozent der letzten Krisenperiode 1908 zurück. Die Jahresabschlussziffern, die in diesem Gewerbe immer nur bedingten Wert haben, ergeben ein Weniger von 20 721 Mitgliedern gegenüber 1912. Ende 1913 zählte der Verband 810 444 Mitglieder. Hierunter waren 179 719 Maurer (1912: 189 158), 97 075 Hilfsarbeiter (110 500), 9098 Stuckateure (10 320), 6328 Zement- und Betonarbeiter (4579), 3422 Puffer (2885), 2381 Fliesen- und Terrazzoarbeiter (2174), 1447 Holzerer und Steinhölzler (1279) und 10 974 Erdarbeiter (10 281). Mit Ausnahme dieser letzteren haben also alle großen Gruppen eine Abnahme und die kleinen einen Gewinn an Mitgliedern zu verzeichnen gehabt. Die im Jahre 1913 neu gegründete Jugendabteilung des Verbandes brachte es an 166 Orten auf insgesamt 8502 Mitglieder. Die

Beitragsentnahmen des Verbandes beliefen sich auf 7 1/2 Millionen Mark, wozu 45 000 Mk. Eintrittsgelder kamen. Streiks und Aussperrungen erforderten 845 000 Mk. Ausgaben, die Krankenunterstützung 1 025 800 Mk., Sterbeunterstützung 100 500 Mk., Reiseunterstützung 74 000 Mk., Gemahregeltenunterstützung 81 000 Mk. und der Rechtschutz 68 600 Mk. Eine Arbeitslosenunterstützung gelangt bekanntlich erst in diesem Jahre zur Einführung. Trotz der Ungunst der Verhältnisse konnten dem Verbandsvermögen noch 2 1/2 Millionen Mark zugeführt werden und beträgt dieses jetzt 13 815 000 Mk. Dasselbe brachte im Vorjahre allein 510 000 Mk. Zinsen ein.

Der Verband der Steinarbeiter hat im Jahre 1913 seine Mitgliederzahl um 1641 gesteigert und schließt mit 90 518 Mitgliedern ab. Die Hälfte derselben sitzt in den Bezirken Schlesien, Sachsen und Hannover, was sich aus der geographischen Verteilung der Steinbrüche ergibt. Er kommt es auch, daß in dieser Organisation die größten Mitgliedschaften nicht in den Großstädten sitzen. So zählt Berlin 1012 Mitglieder, während das kleine Dorf Beuche in Sachsen 1002, Demitz-Thumitz in Sachsen 1228, Dresden-Pirna 1372 und Striegau in Schlesien sogar 1424 stellt. Finanziell hat sich der Verband ebenfalls gut entwickelt. Sein Vermögen stieg von 1 014 106 Mk. auf 1 138 603 Mk.

Eingefandt.

Zur Modellischlerkonferenz. Es wäre wohl angebracht, einmal festzustellen, warum sich noch Betriebe finden, die sich mit Bau- oder Möbelschreibern, Wagnern usw. behelfen und auch mitunter Leute für das Modellschneiden anlernen. Würden diese Betriebe nicht bedeutend rationeller arbeiten, wenn sie sich gleich einen gelernten Modellischler nehmen würden? Denn ein Modellischler ist doch nur scheinbar teurer. In früheren Jahren, als es noch nicht genügend Modellischler gab, da dies ja noch ein verhältnismäßig junges Spezialfach ist, mag vielleicht die Verwendung von anderen Berufen aus der Holzbranche am Platze gewesen sein, aber heute gibt es ja Modellischler soviel man braucht und darüber. Ein junger Mann, eventuell von der Lehre weg, mag sich vielleicht ganz gut auf der Modellbranche einarbeiten, wenn jedoch Betriebe dies mit einem älteren Manne versuchen, werden sie meistens Fiasko machen, da bei einem älteren Manne das Interesse nicht mehr vorherrscht, das für diesen Beruf nötig ist; sie müssen also von den Modellischlern durchgeschleift werden. Es würde wohl zweckmäßig sein, nur noch gelernte Modellischler in den Sektionen aufzunehmen. Die Annahme des Antrages: Die Zentralkommission umzuwandeln in eine Zentralkommission der Modell- und Fabrikischler, würde für die Modellischler jedenfalls von Nachteil sein. Auch der § 52 des Statuts bedarf dringend einer Veränderung, da bei einem Streik die Modellischler, die im Holzarbeiter-Verband organisiert sind, ihren Kollegen vom Metallarbeiter-Verband gegenüber im Nachteil sind, da letztere nicht zur Abreise verpflichtet sind. Auch möchte ich noch warnen, viele Beschlüsse zu fassen wegen des Arbeitsnachweises, denn dies ist eine äußerst komplizierte Angelegenheit, die sich absolut nicht schablonisieren läßt. R. Wehner, Kreuznach.

Arbeitslosigkeit im Monat März 1914.

Table showing unemployment statistics for March 1914, categorized by trade (Bau) and region (Orte). Columns include: Zahlstellen haben berichtet, Mitgliederzahl am 1. März, Arbeitslose Mitglieder am Orte (vom vorigen Monat, Zugang, Gesamtzahl, am letzten Tage), Unterstützung haben erhalten (Arbeitslose am Orte, Arbeitslose auf der Reise).

Aus nachstehend angeführten Zahlstellen wurde ein Bericht nicht eingefandt: Sensburg—Grensmühlen, Herrsburg—Beuthen, Kreuzburg—Templin, Belten—Borna—Probstzella—Bernigerode—Müritz—Steinheim i. Meiß.—Eberbach, Zweibrücken—Konstanz, Langenbrücken.

Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

Table comparing unemployment statistics for various months from 1909 to 1914, showing the number of unemployed workers and the percentage of unemployed workers relative to the total workforce.

